



2013

Bericht über das Geschäftsjahr

Bericht über das Geschäftsjahr 2013

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013	5
Bericht des Verwaltungsrates 2013	30
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013	32
Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2013	36
Anhang zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2013	38
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	56

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist ein Kreditinstitut mit uneingeschränkter aufsichtsrechtlicher Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften, dessen Auftrag durch das Gesetz zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (FördbankG) definiert ist. Die Bank betreibt die Geschäfte und Dienstleistungen, die mit der Erfüllung ihrer Aufgaben in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – nimmt entsprechend der „Verständigung II“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Kommission grundsätzlich nicht am allgemeinen Wettbewerb teil.

Zur Durchführung der ihr übertragenen Förderaufgaben greift die Bank auf alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente des Bankgeschäftes zurück. Neben der Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen übernimmt die Bank Bürgschaften, Garantien sowie andere Gewährleistungen und prüft die ordnungsgemäße Fördermittelverwendung.

1. Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wurde 2013 durch die anhaltende Rezession in Teilen der Europäischen Union und eine gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung belastet. Die starke Binnennachfrage konnte dies nur bedingt kompensieren. Die Förderpolitik der Europäischen Kommission sowie die geldpolitischen Beschlüsse der Europäischen Zentralbank sind weiterhin auf die Stabilisierung der Volkswirtschaften und Staatshaushalte der krisengeplagten Euroländer ausgerichtet.

Die Wirtschaftsleistung Sachsens ist 2013 gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Maßgeblich für diese Entwicklung waren der Rückgang der Produktion im produzierenden Gewerbe. Nach einem schwachen ersten Halbjahr hatte die welt- und insbesondere europaweite Wirtschaftsaufhellung nur einen geringen Einfluss auf die Entwicklung Sachsens.

Der sächsische Arbeitsmarkt entwickelte sich trotz der seitwärts tendierenden Konjunktur sowie der Stagnation in den ostdeutschen Ländern gut. Die im Vergleich aller Flächenländer weiterhin über-

durchschnittliche Arbeitslosenquote ist 2013 erneut gesunken und lag zum Jahresende bei 9,1 %.

Die Zahl der Erwerbstätigen entwickelte sich ebenfalls positiv und überschritt im dritten Quartal 2013 erstmals die Grenze von zwei Millionen. Die positive Entwicklung wird maßgeblich durch die Beschäftigungswirkungen im Dienstleistungssektor bestimmt.

Der deutlichen Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stand erneut ein höheres Angebot offener Stellen gegenüber. Diese relative Attraktivitätssteigerung des regionalen Arbeitsmarktes wirkte sich positiv auf den Wanderungssaldo des Freistaates gegenüber dem übrigen Bundesgebiet aus, auch wenn vornehmlich die Großstädte Leipzig und Dresden hiervon profitierten.

Die herausfordernden demografischen Entwicklungen in Sachsen, wie das steigende Durchschnittsalter, die sinkende Zahl der Erwerbsfähigen sowie ein hoher Sterbeüberschuss, determinieren jedoch die Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und zeichnen einen bundesweit erst noch zu erwartenden Anpassungsbedarf vor. Der positive Wanderungssaldo des Freistaates konnte auch 2013 den demografischen Negativtrend nicht beenden.

2. Geschäftsentwicklung

2.1 Allgemein

Im Berichtsjahr betrug das Neugeschäftsvolumen der SAB 1.508,4 Mio. € und lag damit unter dem Vorjahresniveau (1.670,4 Mio. €), aber über dem geplanten Volumen (1.412,4 Mio. €). Die Qualität des Neugeschäfts entsprach den Vorgaben der Risikostrategie und trug zur Stärkung der Risikotragfähigkeit bei.

Die Bank hat im Geschäftsjahr 2013 im Rahmen der Soforthilfe sowie der Aufbauhilfe „Hochwasser 2013“ 54,0 Mio. € an Zuschüssen bewilligt und bis zum 31. Dezember 2013 18,6 Mio. € ausgezahlt.

Die SAB vergab im Berichtsjahr Mittel in Höhe von 405,7 Mio. € in Form von Darlehen und 1.092,2 Mio. € in Form von Zuschüssen. Außerdem übernahm die Bank Bürgschaften in Höhe von 10,5 Mio. €.

2013 wurden gegenüber dem Vorjahr weniger Zuschüsse vergeben (-104,2 Mio. €), wobei dem gestiegenen Volumen im Bereich Infrastruktur und Städtebau (+64,1 Mio. €) geringere Volumina in den Bereichen Wirtschaft (-70,6 Mio. €) und Umwelt und Landwirtschaft (-66,8 Mio. €) gegenüberstehen.

2013 wurden 4,3 Mio. € mehr Bürgschaften ausgereicht als im Vorjahr. Im Bereich Bürgschaften wurden 2013 strukturelle Änderungen der Zuständigkeiten umgesetzt. Seit dem 1. Juli 2013 ist die Bürgschaftsbank Sachsen GmbH allein für Bürgschaften bis 2,0 Mio. € zuständig. Die SAB ist für alle darüber hinausgehenden Bürgschaften zuständig, da sie seit dem Berichtsjahr insbesondere zusätzlich das Geschäft mit Bürgschaften ab 2,5 Mio. € übernommen hat.

Die SAB bewilligte im Berichtsjahr 33.259 Anträge. Dies entspricht einem Anstieg um 19,7 % gegenüber dem Vorjahr (27.780), welcher durch das kleinteilige Neugeschäft im Rahmen der „Soforthilfe Wohngebäude Hochwasser 2013“ bedingt ist und einen Einmaleffekt darstellt.

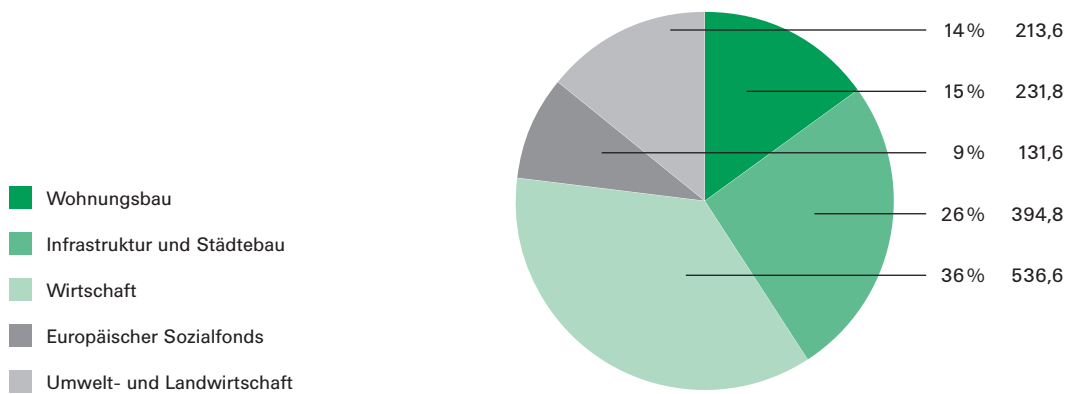
In 2013 traf die Bank inklusive aller Verwendungsnachweisprüfungen 53.842 Förderentscheidungen (Vorjahr: 50.551).

2.2 Beteiligungen

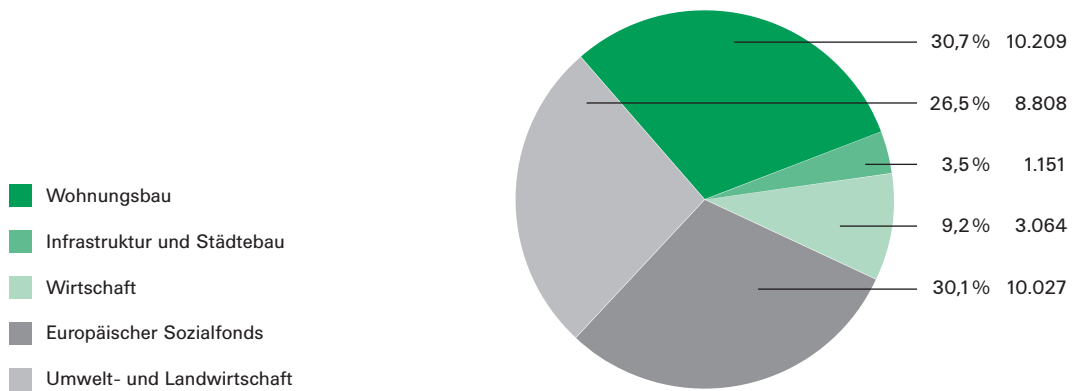
Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist im Rahmen ihres Förderauftrags an folgenden Unternehmen mit einem Anteil von mehr als 20% beteiligt:

- ▶ Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH unterstützt Unternehmen bei deren Wachstums- und Turnaround-Vorhaben mit stillen und offenen Beteiligungen. SAB und SBG bilden zusammen die SAB-Gruppe.
- ▶ Mit der Beteiligung der SAB an der Sächsisches Staatsweingut GmbH und deren Tochtergesellschaften, der Wein- und Sektkontor Radebeul GmbH und der Sektkellerei Wackerbarth GmbH, unterstützt die Bank den Freistaat Sachsen bei der Erhaltung der sächsischen Weinkulturlandschaft.
- ▶ Die Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH war als Projektgesellschaft bis zum 30. September 2013 mit der Planung, Vorbereitung und Durchführung der Aktivitäten des „futureSAX Ideenwettbewerbs 2013“ und der damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen beauftragt. Am 10. Dezember 2013 hat die SAB als Alleingesellschafterin beschlossen, die Gesellschaft zum 31. Dezember 2013 aufzulösen.
- ▶ Die Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH berät mit technischer Fachkompetenz kleine und mittlere Unternehmen, private Haushalte, die öffentliche Verwaltung und Bildungsträger über Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien.

Neugeschäftsverteilung 2013 nach Förderbereichen (in Mio. €)



Bewilligte Anträge 2013 nach Förderbereichen (Stückzahl)



3. Ertragslage

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandskomponenten haben sich wie folgt entwickelt:

	2013 (Mio. €)	2012 (Mio. €)
Zinsergebnis	71,2	86,0
Provisionsergebnis	52,5	30,0
Ordentliche Aufwendungen, davon:	-111,8	-96,7
- Personalaufwand	-63,0	-58,9
- Sachaufwand (inkl. Absetzung für Abnutzung)	-48,8	-37,8
Sonstiges Ergebnis	0,9	1,8
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	12,8	21,1
Neutrales Ergebnis	9,8	19,0
Außerordentliches Ergebnis	0,0	0,0
Bewertungsergebnis	17,1	19,0
Bildung von Vorsorgereserven für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB	0,0	-58,0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	-39,0	0,0
Jahresergebnis	0,7	1,1

Das Zinsergebnis sank im Vergleich zum Vorjahresniveau um 14,8 Mio. €. Die Gründe hierfür waren zum einen das stark gesunkene Zinsniveau, welches zu einer zunehmend geringeren Eigenkapitalverzinsung führt, sowie zum anderen eine Verflachung der Zinskurve im kurzfristigen Bereich. Der Anstieg des Provisionsergebnisses ist auf eine im Jahr 2012 erfolgte Rechnungsabgrenzung für Programme der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 in Höhe von 20,0 Mio. € zurückzuführen.

Die deutliche Steigerung des Sachaufwandes ist durch Kosten im Rahmen des Abschlusses des bankweiten Projektes „Erneuerung der DV-Unterstützung“ begründet.

Die Position „Sonstiges Ergebnis“ beinhaltet sonstige betriebliche Erträge (2,8 Mio. €) und sonstige betriebliche Aufwendungen (1,9 Mio. €).

Das neutrale Ergebnis setzt sich insbesondere aus Erträgen aus der Auflösung von nicht mehr benö-

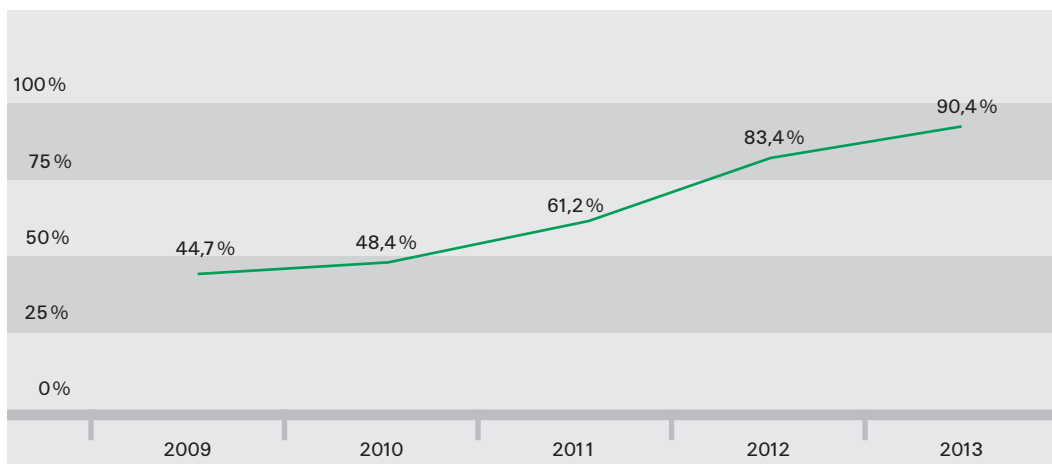
tigten Rechnungsabgrenzungsposten (8,6 Mio. €) und Rückstellungen (1,2 Mio. €) zusammen.

Aufgrund von Rückflüssen aus dem Kreditgeschäft konnte die erforderliche Risikovorsorge insgesamt um 17,1 Mio. € reduziert werden.

Um das in der CRR definierte harte Kernkapital zu stärken, wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken i.S.d. § 340g HGB 39,0 Mio. € zugeführt. Das Jahresergebnis beträgt 0,7 Mio. €. Der Betrag wird in Höhe von 0,1 Mio. € den satzungsmäßigen Rücklagen sowie in Höhe von 0,6 Mio. € den anderen Gewinnrücklagen zugeführt.

Die Cost-Income-Ratio, d.h. das Verhältnis der ordentlichen Aufwendungen zum Zins- und Provisionsergebnis, liegt bei 90,4%. Der Anstieg zum Vorjahr resultiert maßgeblich aus gestiegenen ordentlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem bankweiten Projekt „Erneuerung der DV-Unterstützung“.

Entwicklung der Cost-Income-Ratio



4. Finanz- und Vermögenslage

Die Bilanzsumme der SAB belief sich zum 31. Dezember 2013 auf 8.220,6 Mio. € (Vorjahr: 8.872,0 Mio. €). Die Reduzierung um 651,4 Mio. € resultiert aktivisch im Wesentlichen aus niedrigeren Forderungen an Kreditinstitute sowie geringeren Forderungen an Kunden. Auf der Passivseite verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 979,0 Mio. € und die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 247,7 Mio. €. Die Forderungen an Kreditinstitute sanken auf 895,8 Mio. € (Vorjahr: 1.224,5 Mio. €). Die Forderungen an Kunden gingen auf 5.971,7 Mio. € (Vorjahr: 6.300,1 Mio. €) zurück. Die SAB hat Wertpapiere im Gesamtvolumen von 977,3 Mio. € im Bestand, was einem Rückgang von 53,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entspricht. 2013 hat die Bank Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 5,7 Mio. € getätigt. Davon sind 3,9 Mio. € für immaterielle Vermögensgegenstände aufgewendet worden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 5.073,8 Mio. € (Vorjahr: 6.052,9 Mio. €) setzten sich hauptsächlich aus Refinanzierungsdarlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau Bankengruppe und der Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Ver-

bindlichkeiten gegenüber Kunden belaufen sich auf 1.898,2 Mio. € (Vorjahr: 1.650,5 Mio. €) und resultieren aus Mittelaufnahmen auf dem Kapitalmarkt in Form von Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen, aus Tages- und Termingeldaufnahmen sowie aus bewilligten und noch nicht ausgezahlten Fördermitteln. Der Bestand an ausschließlich zu Sicherungszwecken getätigten Derivategeschäften betrug zum Stichtag nominal 4.173,6 Mio. €.

Die Eventualverbindlichkeiten über 38,7 Mio. € (Vorjahr: 39,0 Mio. €) sind im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen für Kredite im Hausbankverfahren und in Höhe von 31,8 Mio. € durch Rückbürgschaften des Freistaates Sachsen besichert. Die anderen Verpflichtungen in Höhe von 455,5 Mio. € (Vorjahr: 429,8 Mio. €) enthalten unwiderrufliche Kreditzusagen in Form von Auszahlungsresten nicht oder teilvalutierter Kredite. Das Stammkapital der Bank beträgt unverändert 500,0 Mio. €.

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken i.S.d. § 340g HGB wird nach der Zuführung im Jahr 2013 einen Bestand von 99,0 Mio. € ausweisen.

Das haftende Eigenkapital gemäß Solvabilitätsverordnung wird nach Feststellung des Jahresabschlusses per 31. Dezember 2013 bei 984,8 Mio. € liegen.

Die Liquiditätskennziffer bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 2,04 und 3,06 (Vorjahr: 1,61 und 3,15) und betrug zum Stichtag 2,16. Die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sind geordnet. Die Zahlungsfähigkeit ist jederzeit gegeben.

Die SAB gehört der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH sowie dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e.V. an.

5. Personalbericht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – beschäftigte am 31. Dezember 2013 insgesamt 999 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.036) sowie 3 Vorstandsmitglieder (Vorjahr: 3). 196 Mitarbeiter (Vorjahr: 251) waren mit zeitlich befristeten Arbeitsverträgen angestellt. Darüber hinaus wurden zum Jahresende 184 Leiharbeiter (Vorjahr: 121) beschäftigt. Auf Vollbeschäftigteneinheiten umgerechnet betrug die Personalkapazität am Jahresende 883,9 (Vorjahr: 960,5).

Der Altersdurchschnitt der Mitarbeiter lag zum Jahresende bei 42,2 Jahren, was einer Erhöhung um 1,3 Jahre innerhalb der letzten fünf Jahre entspricht. Der Anteil der Frauen an der gesamten Zahl der Mitarbeiter beträgt 67,0 % (Vorjahr: 67,5 %).

Um kurzfristig auf Veränderungen der Auftragslage reagieren zu können, setzt die SAB auf den flexiblen Einsatz von Arbeitskräften (zeitliche Befristungen, Leiharbeiter), Altersteilzeitregelungen sowie interne Umsetzungen. Betriebsbedingte Kündigungen wurden nicht vorgenommen. In 2013 stellte die Bank 113 Mitarbeiter (Vorjahr: 131) neu ein. 147 Mitarbeiter (Vorjahr: 111) verließen die SAB. Die Fluktuation resultiert im Wesentlichen aus der Befristung von Arbeitsverhältnissen.

Die Bank ermöglichte 173 Mitarbeitern (Vorjahr: 159) die Arbeit in Teilzeit (ohne Altersteilzeit), um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Darüber hinaus befanden sich zum Jahresende 53 Mitarbeiter (Vorjahr: 50) in Mutterschutz, Elternzeit oder sonstigen Freistellungen sowie 19 Mitarbeiter (Vorjahr: 16) in der Ruhephase der Altersteilzeit. Die SAB beschäftigte am

Jahresende 44 Schwerbehinderte und Schwerbehinderten Gleichgestellte (Vorjahr: 41). Bei Neueinstellungen werden bei gleicher Eignung schwerbehinderte Bewerber bevorzugt berücksichtigt.

Als ordentliches Mitglied des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands wendet die SAB die Tarifverträge für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken an. Die tarifliche Eingruppierung der Mitarbeiter erfolgt auf Grundlage des Manteltarifvertrages sowie des Gehaltstarifvertrages. Die Vergütung der außer- (AT) und übertariflichen (ÜT) Mitarbeiter wird individuell vom Vorstand festgelegt und für Führungskräfte ab Gruppenleiterenebene sowie für einzelne herausgehobene (Spezialisten-)Tätigkeiten gewährt. Die Bank vergütete zum 31. Dezember 2013 883 Mitarbeiter (Vorjahr: 925) tariflich und 116 Mitarbeiter (Vorjahr: 111) außer- bzw. übertariflich. Die Summe aller fixen Vergütungen (inkl. Leiharbeiter) beträgt 55.616,3 T€ (Vorjahr: 52.518,9 T€).

Die Mitarbeiter der SAB werden angemessen vergütet, sodass ausreichend qualifiziertes Personal gefunden und gehalten wird. Über das Festgehalt hinaus werden keine leistungsabhängigen Arbeitsentgelte gewährt, um Fehlanreize zu vermeiden. Insbesondere volumen- und ertragsabhängige Anreizsysteme sowie variable Vergütungsbestandteile und vertragliche Abfindungsregelungen, deren Ausgestaltung den in der Risikostrategie beschriebenen Zielen widersprechen, werden in der Bank nicht angewendet. Ein Vergütungsausschuss musste daher nicht eingerichtet werden.

Die SAB bietet einem Teil ihrer Mitarbeiter eine ausschließlich vom Arbeitgeber finanzierte betriebliche Altersversorgung an. Das Vermögen der Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank e.V. belief sich zum Stichtag auf 19.859,2 T€ (Vorjahr: 18.300,1 T€). Es umfasste zum Stichtag 406 (Vorjahr: 406) Anspruchsberechtigte, davon 310 Pensionsanwärter (Vorjahr: 319), 14 ausgeschiedene Pensionsanwärter (Vorjahr: 14) und 82 Pensionsempfänger (Vorjahr: 73).

Seit dem 1. Januar 2011 gibt es für alle bisher nicht versorgten Mitarbeiter der SAB und für alle zukünftigen Neuzugänge eine neue beitragsorientierte betriebliche Altersversorgung (VO 2011). Der Mitarbeiter und die SAB beteiligen sich jeweils

mit 2 % der versorgungsfähigen Bezüge. Die Teilnahme an dieser betrieblichen Altersversorgung ist freiwillig und eine Leistung der SAB setzt immer eine Leistung des Mitarbeiters voraus. Die Abwicklung dieser Versorgung erfolgt mittels Rückdeckungsversicherungen bei der Sparkassen-Versicherung Sachsen über die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank e.V. Bis zum Stichtag beteiligten sich 311 Mitarbeiter (Vorjahr: 323) an der neuen beitragsorientierten betrieblichen Altersversorgung.

In 2013 nahmen 952 Mitarbeiter (Vorjahr: 806) an 234 (Vorjahr: 245) externen und 170 (Vorjahr: 94) internen Weiterbildungsmaßnahmen teil. Es handelte sich um ein- oder mehrtägige Seminare, Trainings und Workshops mit den inhaltlichen Schwerpunkten EU-Förderregularien, Verwaltungsrecht und Kredit sowie zum Projekt „Erneuerung der DV-Unterstützung“.

Im Berichtsjahr gab die SAB zwei Studenten die Möglichkeit, eine praktische Ausbildung in den Fachrichtungen Wirtschaftsinformatik und Informationstechnik im Rahmen ihres Studiums an der Berufsakademie Sachsen aufzunehmen. Im letzten Jahr schlossen fünf Studenten diese Ausbildung ab, von denen drei durch die Bank befristet übernommen wurden.

6. Nachhaltigkeitsbericht

Als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen ist sich die SAB ihrer Verantwortung für die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen in Sachsen bewusst. Die SAB leistet einen wesentlichen Beitrag für eine wirtschaftlich stabile, ökologisch und sozial gerechte Gesellschaft und bekennt sich in diesem Sinne zu einer nachhaltigen Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit.

Das Thema Nachhaltigkeit ist seit 2012 als strategisches Ziel in der Bank verankert. Die SAB hält alle Unternehmensteile dazu an, Nachhaltigkeitsaspekte inhaltlich und organisatorisch in ihre Arbeitsfelder zu integrieren.

Die SAB wird auch künftig weitere Handlungsfelder in Bezug auf Nachhaltigkeit erschließen und Verbesserungspotenziale zur Ressourcenschonung nutzen.

7. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres am 31. Dezember 2013 haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet.

8. Risikobericht

Die SAB ist ein Kreditinstitut im Sinne des § 1 Abs. 1 und 3d KWG a.F. Sie unterliegt den bankaufsichtsrechtlichen Normen und damit den Anforderungen an ein angemessenes Risikomanagement im Sinne des § 25a Abs. 1 KWG a.F. sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Darüber hinaus hat sie handels-, förder- und haushaltsrechtliche Regelungen zu beachten.

Die SAB übt dabei das Bankgeschäft nicht in allen seinen Formen aus. Die Tätigkeit der Bank wird vielmehr vom Förderauftrag des Freistaates bestimmt, was sich entsprechend in der Risikostruktur der Bank widerspiegelt. Im Rahmen ihrer durch die Satzung begrenzten Geschäftstätigkeit übernimmt sie Risiken, die gering diversifiziert sind. Das Kreditportfolio der SAB weist – förderbanktypisch – sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentrationen auf. Im Gegenzug ist die Bank vom Freistaat Sachsen mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung ausgestattet. Außerdem haftet der Freistaat Sachsen für die von der Bank aufgenommenen Darlehen und die von der Bank begebenen Schuldverschreibungen, die als Festgeschäfte ausgestalteten Termingeschäfte, die Rechte aus Optionen und andere Kredite an die Bank sowie für Kredite, soweit sie von der SAB ausdrücklich gewährleistet werden.

8.1 Organisation des Risikomanagements

Das Risikomanagement der SAB umfasst die Festlegung von Strategien und Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, die Einrichtung eines internen Kontrollsystems sowie abgestimmter Verfahren zur Risikomessung und -steuerung. Die Compliance-Funktion sowie die Interne Revision sind ebenfalls wesentliche Bestandteile des Risikomanagements der Bank.

Das Risikomanagement- und -controllingsystem ist fest in die betrieblichen Abläufe der Bank

integriert. Ziel der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation ist es, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, vollständig zu erfassen und in angemessener Weise darzustellen und zu steuern. Wesentliche Grundlage hierfür ist die aus der Geschäftsstrategie abgeleitete Risikostrategie.

Die Steuerungs- und Controllingprozesse werden in jährliche (strategische) und unterjährige (operative) Prozesse gegliedert. Zu den strategischen Prozessen zählen neben der Aufstellung und Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie die Risikoinventur zur Identifizierung und Beurteilung der Risiken sowie die Risikotragfähigkeitskonzeption. Die operativen Prozesse umfassen die regelmäßige qualitative sowie quantitative Bewertung und (soweit erforderlich) Limitierung der Risiken, die turnusmäßige und die unter Risikogesichtspunkten (ad hoc) erfolgende Berichterstattung sowie die Steuerung der Risiken einschließlich der Überwachung von Maßnahmen. Daneben erfolgt die regelmäßige Evaluation der zur Bewertung von Risiken eingesetzten Instrumente einschließlich der mit ihnen ermittelten Risikowerte. Das zentrale Dokument des Risikomanagements der SAB ist das Risikohandbuch. Darüber hinaus gelten weitere Arbeitsanordnungen und Fachhandbücher der im Intranet der SAB eingestellten Schriftlich Fixierten Ordnung.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Steuerung aller Risiken der Bank. Er ist verantwortlich für das Risikomanagement- und -controllingsystem, das dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte der SAB unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit Rechnung trägt. Das schließt die regelmäßige Überprüfung und fortlaufende Weiterentwicklung des Systems ein. Der Vorstand gibt die Ziele, Strategien und internen Kontrollverfahren für das Risikomanagement vor.

Der Informationsfluss zwischen dem Vorstand und der zweiten Führungsebene erfolgt u.a. im Rahmen des Risikoausschusses. In diesem Ausschuss werden regelmäßig vom Vorstand sowie den Leitern der Abteilungen Risikomanagement und Controlling, Rechnungswesen und

Bilanzen, Treasury, Organisation und Prozessgestaltung, Grundsatz und Recht, Vorstandsstab sowie Innenrevision die für die Bank relevanten Risiken analysiert und bewertet. Die Einbindung der Risikocontrolling-Funktion bei wichtigen risikopolitischen Entscheidungen der Geschäftsleitung ist ablauforganisatorisch sichergestellt.

Die Aufbauorganisation der Bank ist entsprechend den spezifischen Aufgaben der SAB in die Bereiche Markt und Marktfolge (inklusive Risikocontrolling) gegliedert. Im Rahmen der Ablauforganisation sind alle Prozesse mit einem ihrer Risikorelevanz angemessenen Detaillierungsgrad geregelt.

Die Aufgaben des Risikocontrollings werden von der Abteilung Risikomanagement und Controlling, als Risikocontrolling-Funktion der Bank, wahrgenommen. Diese Abteilung hat insbesondere die Funktion, den Vorstand und die Abteilungen der Bank bei der Identifizierung und Steuerung der auf die Bank wirkenden Risiken zu unterstützen. Darüber hinaus umfassen ihre Aufgaben die Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie, die Entwicklung und Pflege eines Systems zur Begrenzung der Risiken sowie die Durchführung der Risikoinventur und die Erstellung eines Gesamtrisikoprofils der SAB-Gruppe. Zu den Aufgaben gehören auch die Weiterentwicklung des bestehenden Risikosteuerungs- und -controllingprozesses, des Risikofrüherkennungsverfahrens, die laufende Überwachung der Risikosituation, der Risikotragfähigkeit und der angemessenen Kapitalisierung der Bank sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits. Dabei werden die zur Bewertung von Risiken eingesetzten Instrumente regelmäßig auf deren Angemessen- und Geeignetheit hin überprüft. Dies beinhaltet auch eine Beurteilung der Angemessenheit der ermittelten Risikowerte. Die Überprüfung wird grundsätzlich unter Beachtung der Einsatzhäufigkeit der Instrumente durchgeführt.

Die Bank verfügt über eine Compliance-Funktion, um Risiken, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen ergeben können, entgegenzuwirken. Die Compliance-Funktion wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Bank wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner berät sie den Vorstand

der Bank und unterstützt ihn hinsichtlich der Einhaltung der rechtlichen Regelungen und Vorgaben.

Die Innenrevision prüft und beurteilt risikoorientiert sowie prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der SAB. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Innenrevision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und bei der Berichterstattung keinen Weisungen.

8.2 Verfahren der Eigenkapitalberechnung

Die SAB-Gruppe verwendet für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisiken den Kreditrisiko-Standardansatz (KSA). Die Eigenkapitalanforderungen für operationelle Risiken werden nach dem Basisindikatoransatz ermittelt.

Die SAB führt kein Handelsbuch. Rohwarenpositionen werden nicht gehalten. Die SAB-Gruppe führt keine Verbriefungstransaktionen aus. Die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken aus der Währungsgesamtposition werden nach dem Standardansatz ermittelt.

Interne Modelle kommen im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalberechnung nicht zum Einsatz.

8.3 Strategieprozess

Die SAB verfügt über einen eingerichteten und den Anforderungen der MaRisk entsprechenden Strategieprozess. Damit wird eine strukturierte Auseinandersetzung mit der Festlegung strategischer Ziele sowie mit ihrer Umsetzung, Beurteilung und Anpassung gewährleistet. Hierbei werden die wesentlichen Einflussfaktoren auf die Ziele des Instituts berücksichtigt und ein kritischer Soll-Ist-Vergleich einschließlich Ursachenanalyse angestellt. Ein Kernpunkt des Prozesses ist dabei die jährlich durchgeführte Risikoinventur. Die Ergebnisse dieser sowie die ermittelte Risikotragfähigkeit sind wesentliche Grundlage für die Gesamtbanksteuerung und fließen in die Überprüfung

und Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der daraus abgeleiteten Risikostrategie der SAB ein.

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand Zielgrößen hinsichtlich der Fördertätigkeit, der Ertragskraft – mittels Zins- und Provisionsziel – sowie der erwarteten Kosten fest. Daneben bildet die Geschäftsstrategie den Rahmen für das Treasurygeschäft der Bank. Die Strategie umfasst auch Aussagen zur personellen und technisch-organisatorischen Ausstattung.

Im Rahmen der Risikostrategie werden alle wesentlichen auf die Bank wirkenden Risiken innerhalb des Bankbetriebes aufgezeigt und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit Vorgaben zu deren Steuerung und Entwicklung festgelegt. Die Risikostrategie orientiert sich an den Förderbereichen der Bank und umfasst mindestens die Aspekte Volumen und Qualität. Die Risikostrategie betrachtet auch das Treasury- und das Beteiligungsportfolio.

Geschäfts- und Risikostrategie werden regelmäßig jährlich und ggf. anlassbezogen überprüft, vom Vorstand beschlossen und mit dem Verwaltungsrat erörtert.

8.4 Risikotragfähigkeit und Kapitalplanung

Die SAB verfolgt in ihrem Risikotragfähigkeitskonzept einen Going-Concern-Ansatz. Ziel ist es, die wesentlichen Risiken – mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos, da dieses nicht sinnvoll mit Eigenkapital untersetzt werden kann – durch das Risikodeckungspotenzial laufend abzudecken und die Risikotragfähigkeit der SAB zu erhalten.

Das Risikodeckungspotenzial setzt sich aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, offenen Rücklagen, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie dem gezeichneten Kapital und sonstigem Ergänzungs- oder Nachrangkapital zusammen. Die Risikodeckungsmasse wird vor allem durch die Adressenausfallrisiken ausgelastet. Ein Teil wird zur Deckung der Marktpreisrisiken, operationeller Risiken und des Geschäftsrisikos benötigt. Darüber hinaus steht noch Risikodeckungsmasse für die Abdeckung unerwarteter Verluste zur Verfügung. Die Überwachung der Risikotragfähigkeit erfolgt ertrags- und kapitalbezogen.

Die Risikodeckungsmasse stellt sich zum Stichtag 31. Dezember 2013 wie folgt dar:

in Mio. €	Wert der Risiko- deckungsmasse	Belegung durch aufsichtsrecht- liche Eigenmittelanforderungen (Ba- sel III: 8,0% + 2,5% + 2,5%)	Verbleibender Wert der Risikodeckungsmasse für die Risikotragfähigkeit
Primär (Ertrag)*	65		65
Sekundär (Reserven)	202	372	202
Tertiär (Kapital)	672		300
Gesamt	939	372	567

* einschließlich einer kalkulatorischen Auflösung separierter Teile der Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340f HGB

Die Risikotragfähigkeit der SAB ist gegeben. Bei der Ertragsbetrachtung wurde die durch das Betriebsergebnis 2013 definierte primäre Risikodeckungsmasse nur in geringem Umfang durch die eingetretenen Risiken belegt.

Auch bei Ansatz der Mindesteigenkapitalanforderungen nach Basel III (8%) zuzüglich des Kapitalerhaltungspuffers (2,5%) und des antizyklischen Puffers (2,5%) ist die Risikotragfähigkeit gegeben. Die Eigenkapitalquote nach Solvabilitätsverordnung liegt nennenswert über der bisher aufsichtsrechtlich geforderten Größe von 8%.

Ferner besteht eine Bürgschaft des Freistaates Sachsen. Hierbei handelt es sich um die Einräumung eines Bürgschaftsrahmens von ursprünglich 250,0 Mio. €. Dieser war zum 31. Dezember 2013 in Höhe von 101,5 Mio. € mit Engagements belegt (Vorjahr: 122,2 Mio. €). Der Freistaat unterstützt damit die SAB, da die Konzentration des Adressenausfallrisikos im Kreditportfolio auf die sächsische Wohnungswirtschaft überwiegend aus der Umsetzung des Förderauftrages resultiert.

Die wesentlichen Risiken werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsermittlung regelmäßigen Stresstests unterzogen. Darüber hinaus werden mindestens jährlich ergänzende Stresstests, die außergewöhnliche, aber plausibel mögliche Ereignisse abbilden, sowie inverse Stresstests durchgeführt. Sie berücksichtigen geeignete historische und hypothetische Szenarien. Änderungen der Annahmen werden dem Vorstand im Rah-

men des Risikoausschusses vorgestellt. Die Ergebnisse der Stresstests werden bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit angemessen berücksichtigt. Die regelmäßigen Stresstests im Bereich **Adressenausfallrisiko** erfolgen mittels Variation der Ausfallwahrscheinlichkeiten (PD) und Verlustquoten (LGD) der kreditrisikorelevanten Portfolien. Die nicht kreditrisikorelevanten Portfolien sowie die Beteiligungen werden jeweils mit festen Beträgen einbezogen. Auf die Einbeziehung der Öffentlichen Darlehen (Treuhanddarlehen) wird verzichtet. Im Rahmen der regelmäßigen Stresstests im Bereich der **Marktpreisrisiken** wird das GuV-wirksame Zinsänderungsrisiko sowie das Risiko aus impliziten Optionsrechten (vertragliche Sondertilgungsrechte und Kündigungsrechte gem. § 489 BGB) betrachtet. Es erfolgt zunächst auf Basis aktueller und geplanter Bestandsdaten eine Simulation des Zinsbuches für zukünftige Zeitpunkte. Im Risiko- und Extrembelastungsfall wird hierbei die Ausübung von im Zinsbuch enthaltenen impliziten Optionsrechten zusätzlich berücksichtigt. Vertragliche Sondertilgungsrechte fließen sofort, gesetzliche Kündigungsrechte erst zum Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens ein. Darauf aufbauend werden in Abhängigkeit von möglichen Entwicklungen des Zinsniveaus zukünftig resultierende Zinsüberschüsse simuliert.

Das Risiko besteht jeweils in Höhe der Differenz der Zinsüberschüsse aus einem Referenzszenario „konstante Zinsen“ (keine Zinsänderung, keine Ausübung impliziter Optionsrechte) und dem im

Normal-, Risiko- und Extrembelastungsfall ungünstigsten Szenario. Das Referenzszenario „konstante Zinsen“ wird grundsätzlich auf Basis aktueller Geldmarkt- und Swapsätze gebildet. Im Rahmen der regelmäßigen Stresstests werden die **operationellen Risiken** mit der aktuellen Schadenshöhe des laufenden Jahres gemäß Schadensfalldatenbank (gerundet auf volle Mio. €) in die Betrachtung bis zum GuV-Stichtag einbezogen. In der 12-Monats-Betrachtung (Normalbelastungsfall-Szenario) wird davon ausgegangen, dass dieser Wert wieder erreicht wird. Im Risikobelastungsfall-Szenario wird der aktuelle Wert mit 100% gestresst und ggf. um anlassbezogene Risikowerte erhöht. Im Extrembelastungsfall-Szenario werden operationelle Risiken mit ihrem Anrechnungsbetrag gemäß SolvV (Basisindikatoransatz) berücksichtigt.

Für das Geschäftsrisiko wird zu Beginn eines Jahres ein Risiko in Höhe von 15% des Planwertes (aufgerundet auf volle Mio. €) der volatilen Ertragskomponenten (Margenerlöse im Neu- und Zinsanpassungsgeschäft, variable Vergütungsvereinbarungen im Zuschussbereich) berücksichtigt. Sofern das Risiko nicht eintritt, wird die Limitauslastung in der Betrachtung für das laufende Jahr von zunächst 100% zeitanteilig reduziert.

Für das Normalbelastungsfall-Szenario wird das Ursprungsrisiko zugrunde gelegt. Für die Risikobelastungsfall- und Extrembelastungsfall-Szenarien der 12-Monats-Betrachtung werden 30% bzw. 50% der volatilen Ertragskomponenten angesetzt.

Ergänzende und inverse Stresstests werden für das Adressenausfallrisiko, die Zinsänderungsrisiken im Bereich der Marktpreisrisiken, die Liquiditätsrisiken sowie das Geschäftsrisiko durchgeführt.

Die Kapitalplanung der Bank umfasst einen fünfjährigen Planungszeitraum. Die Analysen berücksichtigen Auswirkungen aus Veränderungen der Geschäftstätigkeit oder der strategischen Ziele der Bank sowie des wirtschaftlichen Umfelds auf den Kapitalbedarf. Mit dem Kapitalplanungsprozess wird überwacht, dass die Bank auch zukünftig in der Lage ist, ihre eingegangenen Risiken angemessen tragen zu können sowie etwaigen Kapital-

bedarf rechtzeitig zu identifizieren und erforderlichenfalls frühzeitig Maßnahmen einzuleiten.

8.5 Risikokonzentrationen

Adressenausfallrisiken

Im Förderkreditportfolio der Bank bestehen nennenswerte Risikokonzentrationen hinsichtlich der großemäßigen Verteilung der Kredite. Diese sowie branchenmäßige Risikokonzentrationen bestehen in Umsetzung des Förderauftrags insbesondere bei der Kundengruppe der sächsischen Wohnungsunternehmen. Die Konzentration geht die Bank im Rahmen der portfoliobezogenen Limite bewusst ein und trägt ihr neben der Einbeziehung aller Engagements in die Risikoklassifizierungsverfahren sowie Szenarioanalysen und Stresstests vor allem durch eine besondere Beobachtung des sächsischen Wohnungsmarktes und seiner wesentlichen Akteure Rechnung. Zudem werden die Risiken durch Stellung geeigneter Sicherheiten sowie durch die Bürgschaft des Freistaates Sachsen reduziert.

Im Treasuryportfolio der Bank bestehen bei dem um Staatsanleihen, Wertpapiere von Emittenten mit Anstaltslast oder Gewährträgerhaftung bereinigten Bestand Risikokonzentrationen bei einzelnen Adressen. Besondere aus dieser Konzentration resultierende Risiken werden derzeit nicht gesehen.

Marktpreisrisiken

Die Marktpreisrisiken der SAB ergeben sich nahezu gänzlich aus der Konzentration des zinstragenden Geschäfts auf den Euro-Raum. Daher werden die Zinsänderungsrisiken der SAB ausschließlich von der Zinsentwicklung im Euro-Raum beeinflusst. Eine derartige geschäftsbedingte Risikokonzentration ist für ein regional tätiges Institut typisch. Durch die im Rahmen der Zinsbuchsteuerung bestehenden Risiko- und Abweichungslimite sowie die eingesetzten Instrumente ist die Bank jedoch in der Lage, die Risikokonzentration auf ein bewusst gewähltes Maß zu begrenzen.

Liquiditätsrisiken

Konzentrationen bestehen bei den besonders liquiden Refinanzierungsquellen wie der Spitzen-

refinanzierungsfazität bei der EZB und sind daher tolerabel.

Operationelle Risiken

Aus den bislang erfassten Schadensfällen in der Schadensfall-Datenbank lassen sich keine Hinweise auf Risikokonzentrationen ableiten. Potenzielle Auswirkungen aus Risikokonzentrationen, die Liquidität oder GuV der Bank nennenswert belasten könnten, erwartet die Bank daher nicht.

Geschäftsrisiko

Es bestehen Ertragskonzentrationen aus einer Abhängigkeit von bereitgestellten Zuschussmitteln

des Freistaates Sachsen und Zinseinnahmen aus dem Geschäft mit Krediten für sächsische Wohnimmobilien. Durch eine hohe Quote befristeter Arbeitsverträge ist die Bank zumindest teilweise in der Lage, die Auswirkungen eines Risikoeintritts kostenseitig abzufedern.

8.6 Risikosteuerung und -controlling

Eine Risikoart wird in der SAB als wesentlich eingestuft, wenn bei mindestens einer zugehörigen Risikokategorie die Risikobelastung im Rahmen der Risikoinventur mit über 1 Mio. € im Risikofall hinsichtlich der Ertrags- bzw. Vermögenslage oder 100 Mio. € hinsichtlich der Liquiditätslage bewertet wurde.

Risikokategorie	Wesentlichkeit
Adressenausfallrisiko	ja
Marktpreisrisiko	ja
Operationelles Risiko	ja
Liquiditätsrisiko	ja
Geschäftsrisiko	ja
Strategisches Risiko	keine Bewertung
Reputationsrisiko	keine Bewertung

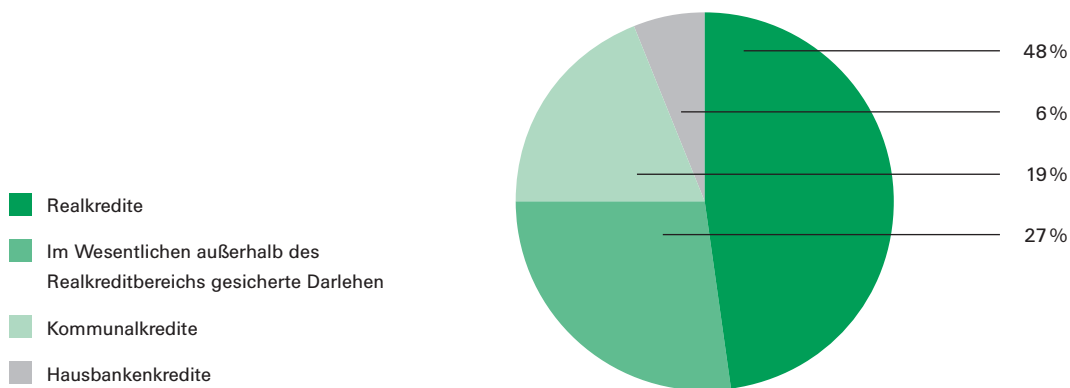
Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind hinsichtlich ihrer quantitativen Risikowirkung nicht eindeutig abgrenzbar, nicht abschätzbar und somit auch nicht limitierbar. Sie fließen vielmehr indirekt über die übrigen Risiken in die Risikobewertung ein.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko beschreibt die Gefahr der Nichteinhaltung von vertraglichen Zahlungsverpflichtungen durch einen Vertragspartner. Es umfasst das Kredit-, das Emittenten-, das Kontrahenten-, das Beteiligungs- und das Länderrisiko. *Kreditrisiko* ist das Risiko, dass Vertragspartner ihren Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Höhe bzw. des Zeitpunktes nicht oder nur teilweise

nachkommen. Es wird aufgrund des Förderauftrages der SAB als wesentlich eingestuft. Die Qualität des Kreditportfolios der SAB ist maßgeblich durch ihren Förderauftrag und durch die ihm zugrunde liegenden Förderprogramme geprägt. Der Förderauftrag der SAB ist auch ausschlaggebend für die Struktur des Kreditportfolios. Dadurch entstehen eine förderbedingte Konzentration auf das Immobiliengeschäft sowie eine sektorale und einzelkreditnehmerbezogene Konzentration. Das Volumen des Förderkreditportfolios ist leicht rückläufig. Die Forderungen aus dem Fördergeschäft betragen 5.862 Mio. €. Auf Kredite größer als 5 Mio. € entfallen 52% des Förderkreditportfolios. Aufgrund des hohen Anteils von privaten Baufinanzierungen besteht auch weiterhin ein großer

Kreditqualität des Förderkreditportfolios



Teil in Höhe von 32 % des Portfolios aus Krediten bis 0,5 Mio. €.

Das Teilportfolio „Selbstnutzer“ umfasst 25 % des gesamten Kreditportfolios der SAB und somit ein Volumen von 1.491 Mio. €, verteilt auf ca. 20.600 Privatkunden. Es ist angesichts seines hohen Gesamtumfangs und nicht aufgrund der Einzelengagements risikorelevant.

Das Teilportfolio „Organisierte Wohnungswirtschaft“ beinhaltet Kredite an Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen. Die Kredite wurden zum Zweck des Neu-, Um- und Ausbaus oder der Modernisierung von Mietwohnungen im Rahmen der jeweiligen Förderprogramme vergeben. Das Teilportfolio mit einem Volumen von 1.893 Mio. € ist insbesondere aufgrund seiner Größe sowie des vergleichsweise hohen Obligos bei einzelnen Kreditnehmern kreditrisikorelevant. Die Organisierte Wohnungswirtschaft ist durch die erfolgten aufwandsseitigen Anpassungsmaßnahmen wirtschaftlich stabiler als noch vor wenigen Jahren. Die in den Großstädten steigenden Mieten begünstigen bei den ansässigen Vermietern diese Entwicklung zusätzlich. Dies, verbunden mit dem seit einigen Jahren niedrigen Zinsniveau, einem sukzessive steigenden Tilgungsanteil in den Kapitaldiensten, der Altschuldenentlastung und den Städtebaufördermitteln, wird die Auswirkungen einer erneuten Leerstandswelle auf die sächsi-

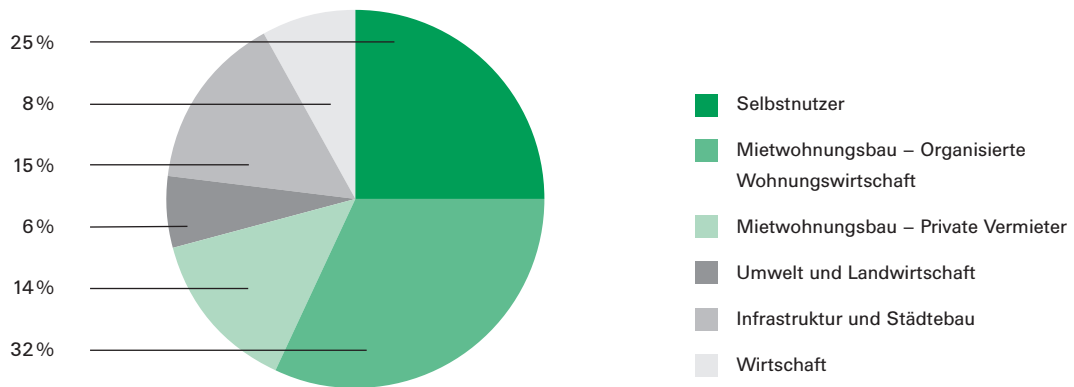
sche Wohnungswirtschaft, insbesondere auf das Kreditportfolio der SAB, deutlich mildern. Die Bank wird den für die Teilportfolios des Mietwohnungsbaus bedeutenden sächsischen Wohnungsmarkt weiter eng beobachten und dabei die absehbaren demografischen Veränderungen in Sachsen besonders berücksichtigen.

Das Teilportfolio „Private Vermieter“ umfasst ein Volumen von 829 Mio. €. Bei den ca. 2.200 Kreditnehmern überwiegen die privaten Investoren. Dieses Portfolio ist aufgrund seines Umfangs, des betriebenen Individualgeschäfts sowie der teilweise schwierigen Marktbedingungen für die finanzierten (Sicherungs-)Objekte risikorelevant. Das Teilportfolio „Umwelt und Landwirtschaft“ umfasst Förderdarlehen im Rahmen wasserwirtschaftlicher Maßnahmen und Klimaschutzmaßnahmen, Kommunalkredite sowie Förderdarlehen an die sächsische Landwirtschaft in Höhe von insgesamt 372 Mio. €. Das gesamte Teilportfolio ist nach Art, Umfang und Komplexität derzeit als nicht risikorelevant einzustufen.

Das Teilportfolio „Infrastruktur und Städtebau“ ist aufgrund seines hohen Anteils an Kommunalkrediten derzeit nicht risikorelevant. Die Forderungen aus dem Bereich Infrastruktur und Städtebau betragen im Berichtsjahr 845 Mio. €.

Das Teilportfolio „Wirtschaft“ umfasst Förderdarlehen im Hausbankenverfahren sowie Bürgschaften im Eigenobligo der Bank an Unternehmen der

Volumenverteilung des Förderkreditportfolios



sächsischen Wirtschaft in Höhe von 432 Mio. € und ist nur in geringem Maße als risikorelevant einzustufen.

Das *Emittentenrisiko* beschreibt die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung eines Emittenten von Wertpapieren bzw. Schuldscheindarlehen, die zu Preisabschlägen bei der Veräußerung einer Position führen kann, bis hin zu dessen vollständigem Ausfall, d.h. der Nichterfüllung der fälligen Zahlungsverpflichtungen. Hierunter fällt auch das Risiko eines Ausfalls von Tages- bzw. Termingeldern.

Die Treasuryaktivitäten der SAB umfassen neben kurzfristigen Geldanlagen Geschäfte mit verzinslichen Wertpapieren, Derivaten sowie Devisengeschäfte. Dabei werden ausschließlich fest- und variabel verzinsliche Euro-Wertpapiere erworben. Auf den Kauf von strukturierten Wertpapieren wird verzichtet. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung an den Finanzmärkten sind und werden hinsichtlich der durch die Risikostrategie vorgegebenen Bestimmungen ergänzend operative Festlegungen getroffen.

Das Wertpapiergeschäft der Bank dient primär der Steuerung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsvorgaben. Es erfolgt ein Aufbau langfristiger Aktiva mit guter Kreditqualität, verbunden mit einer Risikodiversifikation. Dem Erwerb von Wertpapieren in den Anlagebestand liegt dabei der

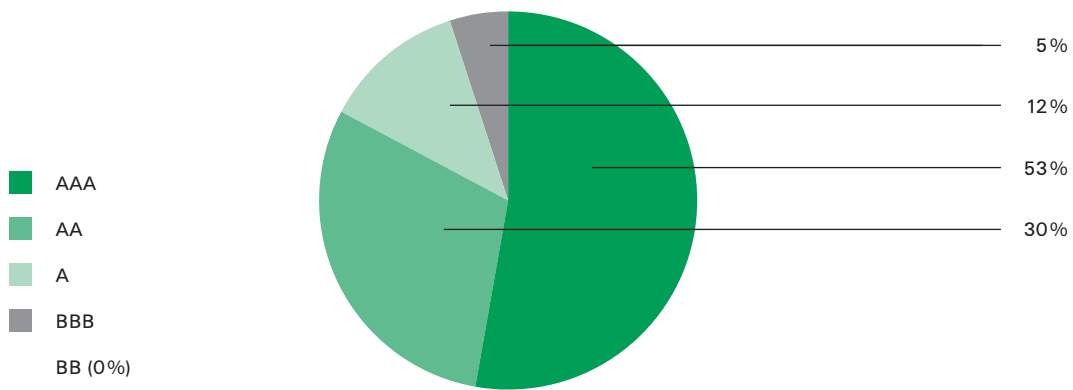
Buy-and-Hold-Ansatz zugrunde. Dem folgt eine Bilanzierung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Schwebende Verluste sind somit erst dann ertragswirksam, wenn eine dauerhafte Wertminderung angenommen werden muss. Die SAB verfolgt eine konservative Anlagestrategie. 53% des Wertpapierportfolios sind mit AAA-Adressen und weitere 30% mit AA-Adressen belegt. Bei den mit BBB und BB eingestuften Wertpapieren erfolgte eine Verschlechterung der Einstufung jeweils nach Erwerb. Auf der Grundlage einer Risikoabwägung wurden hierfür Haltebeschlüsse getroffen.

Darüber hinaus hält die SAB Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen gegenüber inländischen öffentlichen Stellen in Höhe von 1.276 Mio. €, welche nach Solvabilitätsverordnung nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen und nicht dem Wertpapierportfolio zugeordnet werden.

Das *Kontrahentenrisiko* beschreibt die Gefahr des Ausfalls von noch nicht bzw. nicht vollständig abgewickelten Handelsgeschäften eines ausfallenden Kontrahenten. Dieses Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt. Die Kontrahenten der SAB müssen auf unbesicherter Basis grundsätzlich ein Mindestrating von AA- und auf besicherter Basis ein Mindestrating von A- aufweisen.

Das *Beteiligungsrisiko* beschreibt die Gefahr potenzieller Wertverluste aufgrund von Dividenden-

Qualität des Wertpapierportfolios



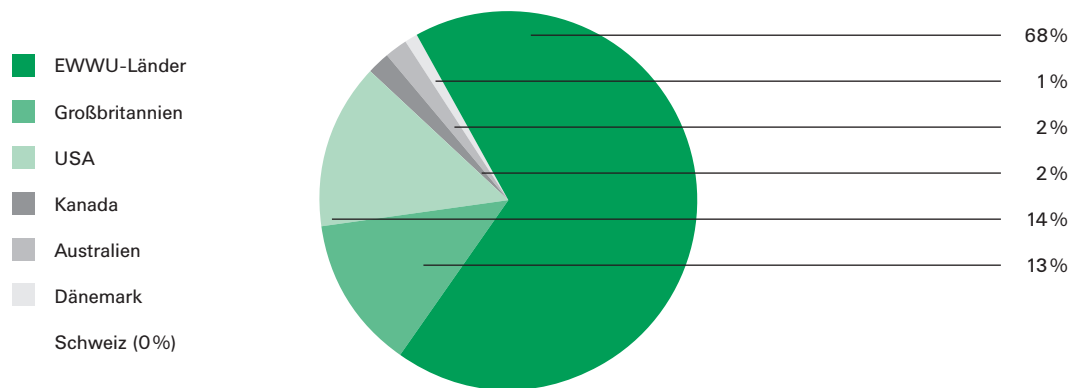
ausfällen, Abschreibungen, Reserverückgängen oder Veräußerungsverlusten. Die SAB geht Beteiligungen nur aus strategischen Erwägungen im Rahmen des Förderauftrages ein. Das Risiko wird als nicht wesentlich eingeschätzt.

Das *Länderrisiko* kann ein Kredit- oder Kontrahentenrisiko sein, welches nicht durch den Vertragspartner selbst, sondern aufgrund seines Sitzes besteht. Wirtschaftliche oder politische Einflussnahme des Landes kann die Zahlung des

zahlungspflichtigen Vertragspartners beeinflussen. Da sich die Tätigkeit der SAB auf Sachsen beschränkt, ist das Länderrisiko innerhalb des Kreditrisikos kaum relevant.

Der Erwerb ausländischer Anleihen ist beschränkt. Gemäß den Rahmenbedingungen für das Betreiben von Handelsgeschäften der SAB handelt es sich vornehmlich um Risiken aus einzelnen EWWU-Ländern (Sitz des Schuldners/Konzernsitz):

Länderverteilung (Treasury) – Inanspruchnahme (Buchwerte/KÄB)



Der Anteil von Wertpapieren aus den EWWU-Ländern Italien, Spanien, Portugal und Irland beträgt 7,3% am gesamten Wertpapierportfolio, davon Italien 3,0%, Spanien 3,6%, Irland 0,5% und Portugal 0,2%. Nach dem Berichtsstichtag fällig gewordene Wertpapiere wurden vollständig zurückgezahlt.

Prozesse

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt einzel- und gesamtgeschäftsbezogen. Einzelgeschäftsbezogen bedeutet, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers sowie der Wert der Sicherheiten turnusmäßig und gegebenenfalls anlassbezogen überwacht und ausgewertet werden. Die gesamtgeschäftsbezogene Steuerung stellt auf die Instrumente zur Beobachtung und aktiven Einflussnahme auf Teilportfolien und das gesamte Kreditportfolio ab. Die Einbeziehung der Adressenausfallrisiken in das Risikomanagement erfolgt ertragsbezogen anhand der unterjährigen Entwicklung der Einzelwertberichtigungen sowie der Risikovorsorgeplanung.

Die Kreditausfallrisiken werden durch Risikoklassifizierungsverfahren erfasst und hinsichtlich Volumen und Qualität bewertet. Dabei werden die Risikoklassifizierungssysteme regelmäßig im Rahmen von Backtestings überprüft. Jedes Teilportfolio wird dabei über spezifische Rating- und Scoringssysteme bewertet, überwacht und gesteuert. Je nach Förderbereich werden außerdem die Verteilung nach Regionen, Branchen und Größenklassen in das Risikomanagement einbezogen. Ferner fließt in die Beurteilung von Wohnungsbauengagements eine regionalisierte Wohnungsmarktanalyse ein.

Zur Risikofrüherkennung werden die Risikoklassifizierungsverfahren mit kontenbezogenen Negativmerkmalen sowie Ausfallprognosen und Portfolioanalysen verknüpft. Die Erkenntnisse aus der Risikofrüherkennung werden für das Risikovorsorgeprognosesystem genutzt. Basierend auf den Erfahrungen der letzten Jahre, den Ausfallprognosen sowie der unterjährigen Entwicklung der Risikovorsorge erstellt die SAB somit eine Prognose der notwendigen Risikovorsorge. Diese wird zur speziellen unterjährigen Steuerung und Quantifizierung der Kreditausfallrisiken verwendet.

Daneben werden die in der Risikostrategie festgelegten portfoliobezogenen Limite regelmäßig überwacht. Darüber hinaus wird im Rahmen der inversen Stresstests die Auswirkung des Ausfalls der größten Kreditnehmer auf die Risikotragfähigkeit der Bank simuliert.

Das gesamte Kreditrisikoüberwachungs- und Kreditrisikosteuerungsinstrumentarium fließt in ein Berichtswesen ein, das die dem Kreditportfolio immanenten Risiken transparent macht.

Risikoklassifizierungen

In der SAB werden für alle im Rahmen der Risikostrategie als risikorelevant definierten Teilbereiche geeignete und aussagekräftige Risikoklassifizierungsverfahren eingesetzt. Daneben werden in nicht risikorelevanten Teilportfolien sowie in Bereichen mit untergeordneter Risikorelevanz vereinfachte Verfahren angewendet. Eine Umsetzung eines internen Ratingansatzes nach Basel II erfolgt derzeit nicht.

Der Kreditbestand – ohne Mitarbeiterdarlehen – ist vollständig nach Adressenausfallrisiken klassifiziert.

Zum Zwecke der portfolioübergreifenden Vergleichbarkeit der Adressenausfallrisiken werden die internen Risikoklassen auf eine einheitliche Skala angepasst. Den Risikoklassen sind Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet.

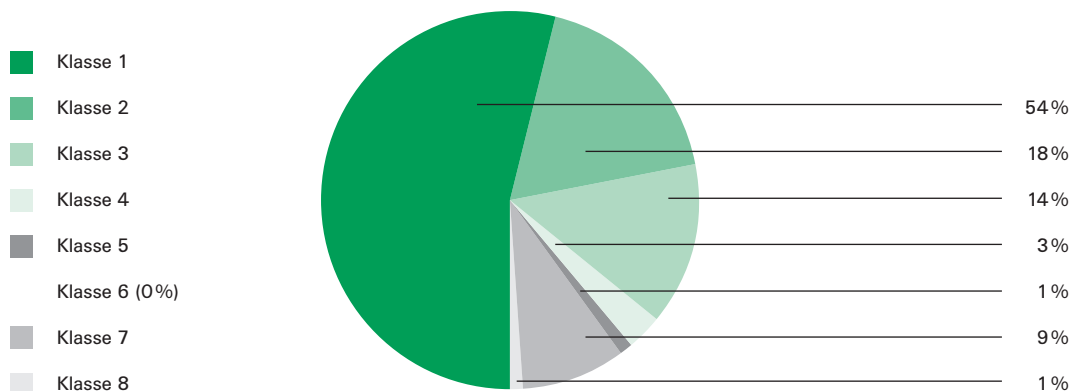
Gegenwärtig wird ein Kreditbestand von 4,2 Mrd. € in die Risikoklassen 1 und 2 eingeordnet (72% des Förderkreditportfolios). Ein Bestand von 0,5 Mrd. € ist den Risikoklassen 7 und 8 zugeordnet (10% des Förderkreditportfolios).

Die Risikoklassen 1 bis 6 ergeben sich rechnerisch aus der Anwendung der Risikoklassifizierungsverfahren. Kommunalkredite werden hierbei generell der Risikoklasse 1 zugeordnet. Die Risikoklassen 7 und 8 werden bei Vorliegen bestimmter Ausfallmerkmale manuell gesetzt. Die Risikoklasse 7 findet grundsätzlich auf alle Engagements Anwendung, für die Risikovorsorge erforderlich ist. Der Risikoklasse 7 hat die Bank auch alle Unternehmen der sächsischen Immobilienwirtschaft zugeordnet, die vorsorglich durch die Bürgschaft des Freistaates Sachsen

abgesichert sind. Daneben stehen auch in den ausfallgefährdeten Risikoklassen grundsätzlich werthaltige Sicherheiten zur Verfügung, die bei einem etwaigen Ausfall verwertet werden.

Im Folgenden werden die Anteile der Risikoklassen am klassifizierten Kreditbestand (Förderdarlehen sowie Bürgschaften im Eigenobligo der SAB, ohne Mitarbeiterdarlehen) dargestellt.

Anteil der Risikoklassen am klassifizierten Kreditbestand



Risikovorsorge

Akuten Risiken trägt die SAB mit der Bildung von Wertberichtigungen Rechnung. Die SAB verfügt über entsprechende Regelungen für die Bildung, Erhöhung und Auflösung von Risikovorsorge für Adressenausfallrisiken.

Bei der Ermittlung der Höhe der zu bildenden Einzelwertberichtigung orientiert sich die SAB an der jeweiligen Engagementstrategie (Abwicklung des Engagements oder Fortführung bzw. Sanierung, ggf. verbunden mit einem Forderungsverzicht). Für Engagements des Teilportfolios „Organisierte Wohnungswirtschaft“ erfolgt in der Regel eine Sanierung.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko beschreibt die Gefahr der Vermögenswertminderung aufgrund sich verändernder preisbildender Parameter.

Die SAB betreibt kein Eigenhandelsgeschäft und verfolgt bei Wertpapiergeschäften einen Buy-and-Hold-Ansatz. Aufgrund des Umfangs des

Zinsbuches wird das Zinsänderungsrisiko für die SAB als wesentlich eingestuft.

Die bei der Bank bestehenden Marktpreisrisiken resultieren im Wesentlichen aus dem zinstragenden Geschäft. Wertpapiere werden dabei in der Regel durch entsprechende Sicherungsgeschäfte zinsänderungsrisikoneutral gestellt. Die Messung des Zinsänderungsrisikos erfolgt sowohl ertragsorientiert als auch barwertig über den Value-at-Risk-Ansatz. Der Value-at-Risk-Ansatz erfolgt unter Zugrundelegung vorgegebener Parameter (Konfidenzniveau 99,0%, Haltedauer zehn Tage) auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Modells. Zum Ende des Berichtsjahres war das Value-at-Risk-Limit von 38 Mio. € zu 64,8% ausgelastet. Auch GuV-bezogen wurden die Limite im Berichtsjahr stets eingehalten. Die Berücksichtigung extremer Marktsituationen erfolgt im Rahmen von Stresstests. Die SAB betreibt eine benchmarkorientierte Zinsbuchsteuerung. Zudem wird die Auswirkung eines standardisierten Zinsschocks (+/- 200 Basispunkte) auf den Barwert des Zinsbuches ermittelt. Die er-

mittelten Werte lagen im gesamten Berichtsjahr unter der aufsichtsrechtlichen Schwelle von 20%. Zur Steuerung der bestehenden Risiken setzt die Bank auch Derivate ein, welche ausschließlich zu Sicherungszwecken abgeschlossen werden. Sonstige Marktpreisrisiken bestehen bei der SAB nur in sehr eingeschränktem Maße. Fremdwährungsgeschäfte werden grundsätzlich über Gegengeschäfte vollständig gesichert und die Beteiligung mit fünf Aktien am Europäischen Investitionsfonds (EIF) wurde wegen des strategischen Charakters im Beteiligungsrisiko erfasst. Immobilienpreisrisiken wurden im Hinblick auf den geringen Immobilienbestand ebenfalls als nicht wesentlich eingestuft.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit durch einen unerwartet frühen Ab- bzw. späten Zufluss von Zahlungsmitteln oder der fehlenden Möglichkeit der Zahlungsmittelbeschaffung. Zu den Liquiditätsrisiken gehören das Risiko unzureichender Marktliquidität, das Ab- und Terminrisiko sowie das Refinanzierungsrisiko des Kreditinstituts, wonach die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen betrags- und/oder fristgerecht nur mit einem erhöhten Refinanzierungs-

aufwand (Anstieg der Refinanzierungsspreads) nachkommen könnte, bis hin zur Gefahr der Zahlungsunfähigkeit.

Die laufende Zahlungsfähigkeit der Bank wird über eine detaillierte und ständig aktualisierte Liquiditätsplanung gewährleistet. Diese beruht zum Großteil auf planbaren Größen, da die Geschäftsaktivitäten der SAB durch einen relativ kontinuierlichen Verlauf geprägt sind. Komplexe oder am Gesamtgeschäftsvolumen gemessen großvolumige Transaktionen mit unvorhersehbaren Liquiditätsabflüssen tätigt die Bank nicht. Hinzu kommt auch, dass die SAB kein Einlagengeschäft betreibt und weitestgehend Kongruenz zwischen den liquiditätsbezogenen Fristigkeiten besteht. Die Refinanzierung des Kreditgeschäfts erfolgt in der Regel auf Basis einer ganzheitlichen Betrachtung des Liquiditätsbedarfs.

Aufgrund der guten Bonität der SAB und vor dem Hintergrund von Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und expliziter Garantie wurden der Bank bei Geschäftspartnern Geldhandelslinien und Refinanzierungslimite eingeräumt. Darüber hinaus wurden bei der EZB Wertpapiere und Kreditforderungen mit einem Beleihungswert in Höhe von 1,1 Mrd. € hinterlegt, sodass jederzeit auf die Spitzenrefinanzierungsfazilität der EZB ausgewichen werden kann.

Liquiditätsquellen der SAB	Bewertung	Liquiditätswirkung
Spitzenrefinanzierungsfazilität	1.131,7 Mio. €	sofort
Wertpapiere im Liquiditätsbestand*	-	ab 2 Tage
Globalrefinanzierungsverträge	500,0 Mio. €	10 Tage
Wertpapiere im Anlagebestand	498,4 Mio. €	ab 2 Tage
Schuldscheine	502,6 Mio. €	ab 2 Tage

* Momentan befinden sich keine Wertpapiere im Liquiditätsbestand.

Liquiditätsrisiken werden aufsichtsrechtlich als wesentlich, aber aufgrund der beschriebenen Situation durch die SAB als nicht erheblich eingestuft.

Die Bank verfügt dennoch über ein umfangreiches Instrumentarium, um Liquiditätsrisiken im Risikoccontrolling abzubilden. Auf dem Normalzustand

sowie auf den Stresstests aufbauend erfolgt die quantitative Steuerung vorrangig über Liquiditätsdeckungsgrade und die Messung von Risikokonzentrationen. Qualitativ erfolgt eine Steuerung über die Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos durch ausgewählte Anlageklassen. Darüber hinaus werden Beobachtungsindikatoren erhoben sowie mögliche Ertragswirkungen bei Änderung der Refinanzierungsspreads quantifiziert.

Die aufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung wurden sowohl quantitativ als auch qualitativ eingehalten.

Die Bank geht davon aus, dass sie den aus dem normalen Geschäftsverlauf resultierenden Refinanzierungsbedarf stets über Mittelaufnahmen bei anderen Förderinstituten sowie am Kapitalmarkt decken kann.

Im Jahre 2013 wurde die Implementierung eines Verrechnungssystems für Liquiditätskosten von der Bank abschließend konzeptioniert. Basis war die von der Bank bereits seit Längerem durchgeführte Verrechnung der direkten Kosten der Liquiditätsbeschaffung im Rahmen der Darlehenskonditionierung. Diese wurde um die Verrechnung der indirekten Kosten der Liquiditätshaltung ergänzt. Die Bank strebt hierdurch eine Verbesserung der verursachungsgerechten Zuweisung von Liquiditätskosten sowie die Begrenzung möglicher Liquiditätsrisikokonzentrationen an.

Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Systemen oder Menschen sowie infolge externer Ereignisse eintreten. Das Rechtsrisiko ist in dieser Definition eingeschlossen. Strategische und Reputationsrisiken werden nicht betrachtet.

Die operationellen Risiken werden als wesentlich eingeschätzt.

Die Bank verfolgt grundsätzlich das Ziel der eigenverantwortlichen Steuerung der operationellen Risiken der Abteilungen. Hierzu zählt insbesondere die Sicherstellung angemessener abteilungsinterner aufbau- und ablauforganisatorischer

Regelungen. Ein hoher Stellenwert in Bezug auf Risikovermeidung und -minderung kommt der Schriftlich Fixierten Ordnung zu, die Regelungen zur Sicherheit des Gebäudes, der Arbeitsplätze, der Prozesse sowie zum Gesundheitsschutz der Mitarbeiter enthält. Der Vorstand hat zur Steuerung operationeller Risiken im Kreditgeschäft Mindestkontrollen festgelegt. Des Weiteren gilt ein Datensicherungskonzept der Abteilung Informationstechnologie, welches dem Schutz vor Hardwareausfällen, der Wiederherstellung von Systemen mit ihren Daten im Katastrophenfall, dem Schutz der Systeme vor versehentlicher Datenlöschung und dem Schutz der Systeme vor versehentlichen Verarbeitungsfehlern dient. Von der Bank abgeschlossene Versicherungen dienen dem Risikotransfer.

Die SAB verfügt über eine umfassende Notfallplanung. Der Parallelbetrieb mehrerer Rechenzentren gewährt die IT-Sicherheit. Des Weiteren existieren diverse Kontrollmechanismen, Dokumentationspflichten, Standardisierungen sowie Zugangsbeschränkungen.

Die Abteilung Risikomanagement und Controlling erfasst, analysiert, systematisiert und bewertet eingetretene Risiken bankweit in einer Schadensfalldatenbank. Entscheidungen über Maßnahmen zur Risikosteuerung trifft der Vorstand, die Überwachung obliegt dem Risikocontrolling.

Risikokonzentrationen im Bereich der operationellen Risiken überwacht die Bank durch Beobachtung der Verteilung eingetretener Schadensfälle nach Anzahl und Schadenshöhe auf definierte Ereigniskategorien. Ziel ist die Vermeidung wesentlicher Häufungen von Schadensfällen in den definierten Ereigniskategorien.

Zur Meldung ist jeder Mitarbeiter verpflichtet. Durch die Leiter der Abteilungen Risikomanagement und Controlling sowie Organisation und Prozessgestaltung erfolgt regelmäßig eine Analyse der aufgezeichneten operationellen Risiken.

Jährlich wird eine spezielle Risikoinventur für den Bereich der operationellen Risiken durchgeführt. Diese spezielle Risikoinventur dient der Erhebung von relevanten Risiken einschließlich der unter-

nommenen Maßnahmen und implementierten Verfahren zur Schadensbegrenzung und -vermeidung. Je potenziell möglichem Risikoereignis erfolgt zunächst die Definition eines Steuerungsziels. Anhand der geplanten Maßnahmen ist expertenbasiert eine Einschätzung zum resultierenden Umfang der Zielerreichung vorzunehmen, welche in einer Aussage zum Wirkungsgrad der Maßnahmen sowie zum verbleibenden Schadenspotenzial mündet. Die spezielle Risikoinventur entspricht einer qualitativ ausgerichteten Steuerung der operationellen Risiken mit einem vereinfachten prozessorientierten Steuerungsansatz. Die Verantwortung für die Durchführung liegt im Bereich Risikocontrolling.

Neben der auftragsgemäßen Abwicklung des Fördergeschäftes bildete das bankweite Projekt „Erneuerung der DV-Unterstützung“ einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit weiterer Bereiche der Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Die erfolgreiche Ablösung der Systeme des bisherigen Dienstleisters durch die neue DV-Umgebung und das Insourcing der bislang ausgelagerten Prozesse erfolgte Anfang Oktober 2013.

Der mit dem bisherigen Auslagerungsunternehmen bestehende Dienstleistungsvertrag endete zum 30. November 2013.

Im Anschluss an die Inbetriebnahme der neuen EDV-Lösung begann für die Bank die sogenannte Stabilisierungsphase des Projektes, in der Optimierungen an der Kernbanklösung vorgenommen werden. Diese Phase ist bis Ende März 2014 terminiert.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko ist in der SAB definiert als die Gefahr einer Unterschreitung des geplanten Kundengeschäftsergebnisses. Das Geschäftsrisiko resultiert sowohl aus den Abweichungen des tatsächlichen Konditionsbeitrages vom geplanten Konditionsbeitrag als auch aus der Nichterreichung geplanter Kundengeschäftsvolumina. Aufgrund des Status als Förderinstitut steht die SAB bei der Vergabe von Fördermitteln nicht im unmittelbaren Wettbewerb. Ein Risiko für das Neugeschäft besteht nur in geringem Umfang und

resultiert im Wesentlichen aus dem Prolongations- bzw. Zinsanpassungsgeschäft sowie aus dem stark von Zuschüssen geprägten Förderneugeschäft der Bank.

9. Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem für den Rechnungslegungsprozess (IKS RL) der SAB stellt sicher, dass alle relevanten gesetzlichen und rechtlichen Standards und Vorschriften beachtet sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung gewährleistet werden. Es umfasst insbesondere aufbau- und ablauforganisatorische Regelungen mit klarer Abgrenzung der Verantwortungsbereiche sowie Prozesse, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen sowie externen Rechnungslegung. Das IKS RL soll Risiken minimieren und so verhindern, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln. Die SAB bilanziert nach den Vorschriften des HGB und der RechKredV unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.

Aus den bestandsführenden SAP-Systemen, welche die SAB betreibt, werden die Daten für den Abschluss zur Verfügung gestellt. Die Verantwortung für die Gestaltung und Weiterentwicklung des IKS RL obliegt dem Vorstand der SAB. Die Verantwortung für die Umsetzung des IKS RL trägt die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen.

Der Rechnungslegungsprozess, welcher sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses umfasst, ist in einer Schriftlich fixierten Ordnung in Form von Handbüchern und Arbeitsanweisungen niedergelegt. Die regelmäßige Überwachung und Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen erfolgt durch die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen.

Bestimmte Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erfolgen in den Abteilungen

Risikomanagement und Controlling, Personal sowie Grundsatz und Recht.

Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln und die Buchungssystematik ist die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen zuständig. Geschäftsvorfälle werden sowohl zentral durch die Abteilung Rechnungswesen und Bilanzen als auch dezentral in den Fachabteilungen erfasst. Die Fachabteilungen sind funktional und organisatorisch von den für Abwicklung, Überwachung und Kontrolle sowie Rechnungswesen verantwortlichen Bereichen getrennt.

Die SAB setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen, die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip. Die Einrichtung von SAP-Standardberechtigungen ist an die Stellenbeschreibung gebunden. Sonderberechtigungen werden nach fachlicher Prüfung durch die Abteilung Organisation und Prozessgestaltung vergeben. Die technische Umsetzung erfolgt durch itelligence Outsourcing & Services GmbH. Im Jahr 2014 sollen die Beantragung und die Verwaltung von SAP-Berechtigungen zentral über SAP IDM gesteuert werden.

Ausgehende Zahlungen mit Zahlläufen und deren Verarbeitung erfolgen automatisiert über die Tagesendverarbeitung. Die korrekte Verarbeitung in der Zahlungssoftware „ppm“ wird im Vier-Augen-Prinzip geprüft. Die eingehenden Zahlungen werden entsprechend der vorgegebenen Buchungssystematik auf vollständige Verarbeitung geprüft. Die Abstimmung der Bank- und Bankverrechnungskonten erfolgt täglich.

Des Weiteren dienen systemimmanente Plausibilitätskontrollen, standardisierte Abstimmungsroutinen und Soll-Ist-Vergleiche der Vollständigkeitskontrolle und der Fehlervermeidung bzw. Fehlerentdeckung. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Vorstand und der Verwaltungsrat regelmäßig von den Abteilungen Rechnungswesen und Bilanzen sowie Risikomanagement und Controlling unterrichtet. Außerdem erfolgt bei besonderen Ereignissen eine zeitnahe Information.

Die Funktionsfähigkeit des IKS RL wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Innenrevision sowie durch externe Wirtschaftsprüfer überwacht.

10. Prognosebericht

Wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen

Die deutsche Volkswirtschaft sollte 2014 deutlich wachsen. Laut der Jahreswirtschaftsprognose der Bundesregierung wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 1,8% gegenüber dem Vorjahr steigen, sofern externe Schocks ausbleiben und die Weltwirtschaft den Erholungstrend der zweiten Jahreshälfte 2013 fortsetzen kann.

Der konjunkturelle Trend in den ostdeutschen Bundesländern wird der gesamtdeutschen Entwicklung mit leichter Verzögerung folgen. Für 2014 rechnet das ifo Institut mit einem Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 1,6% für Ostdeutschland inkl. Berlin. Aufgrund der Spezialisierung des Freistaates Sachsen auf das produzierende Gewerbe sollte die sächsische Volkswirtschaft von der Belebung des Außenhandels und der steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern stärker profitieren und mit 1,8% wachsen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen steht trotz der guten Entwicklung der vergangenen Jahre weiterhin großen Herausforderungen gegenüber, welche im Wesentlichen aus den demografischen Tendenzen hervorgehen. In der Folge sollte die Zahl der Erwerbstätigen in 2014 nur um 0,3% wachsen.

Der Bevölkerungsrückgang wird sich im Freistaat Sachsen trotz eines positiven inländischen Wanderungssaldos fortsetzen. Der bundesweit zu beobachtende Trend eines gegenüber dem EU-Ausland positiven Wanderungssaldos wirkt sich in Sachsen nur auf die drei Großstädte aus. Die unterschiedlichen Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzchancen führen gemäß Statistischem Landesamt Sachsen darüber hinaus zu einer anhaltenden Binnenwanderung innerhalb des Freistaates, bei der die Gemeinden mit unter 50.000 Einwohnern auch Ein-

wohner an die sächsischen Großstädte und deren Umland verlieren. Die Städte Dresden und Leipzig werden mittelfristig weiterhin leicht wachsen. Die Entwicklung der sächsischen Wohnungsmärkte wird zukünftig durch den steigenden Sterbeüberschuss von zunehmendem Leerstand geprägt sein. Die Ballungsräume Dresden und Leipzig bilden hierbei aufgrund des positiven Wanderungssaldos sowie des Geburtenüberschusses eine Ausnahme und grenzen sich damit von der Entwicklung des übrigen Wohnungsmarktes ab. Selbst mit einer Weiterführung des geförderten Rückbaus auf bisherigem Niveau kann die derzeitige sachsenweite Leerstandsquote bestenfalls gehalten werden.

Fördertätigkeit

Die Fördertätigkeit 2014 wird durch den Beginn der neuen EU-Strukturfondsperiode geprägt. Dem Freistaat Sachsen werden im neuen Förderzeitraum weniger europäische Mittel zur Verfügung stehen, was eine Neuausrichtung des Einsatzes der Strukturfondsmittel erforderlich macht. Es ist davon auszugehen, dass die Förderung auch weiterhin überwiegend in Form von Zuschüssen gewährt werden wird.

Vor dem Hintergrund der noch offenen Abstimmungen mit der Europäischen Kommission erwartet die SAB in der ersten Jahreshälfte 2014 ein geringes Förderneugeschäft. Davon betroffen sind insbesondere die Unterstützungsmaßnahmen für den Schulhausbau, die Förderung innovativer Leistungen der Gesundheitswirtschaft, die Mittelbereitstellung für das im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gewährte GRW-Nachrangdarlehen, die Finanzierung der Technologieförderprogramme sowie mehrere Programme im Rahmen der Mittelstandsrichtlinie, das Energieeffizienz- und Klimaschutzprogramm (EuK), die Förderung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik und die Arbeitsmarktförderung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Für die Zuschussförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wird zunächst zu entscheiden sein, ob eine Beteiligung der Strukturfonds überhaupt erfolgt.

Um einen möglichst gleitenden Übergang in die neue Förderperiode zu erreichen, werden 2014 in ausgewählten Bereichen noch Restmittel der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 oder auch Landesmittel zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise soll eine unterbrechungsfreie Fortführung der beiden aus dem ESF unterstützten antragsstarken Programme – des Weiterbildungsschecks Sachsen (WBS) und des Einzelbetrieblichen Förderverfahrens (EBFV) – bis zum Start des Förderzeitraums sichergestellt werden.

Darüber hinaus ist der Abschluss und die Abrechnung der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 eine zentrale Aufgabe der SAB in 2014. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt hierbei in der Sicherstellung des fristgerechten Mittelabflusses und der Verwendungsnachweisprüfung.

In den einzelnen Förderbereichen der SAB – Wohnungsbau, Infrastruktur und Städtebau, Wirtschaft, Europäischer Sozialfonds sowie Umwelt und Landwirtschaft – werden die in 2013 bestehenden Förderprogramme weitgehend fortgeführt werden können.

Die Wohnungsbaufinanzierung der SAB richtet sich an die kommunale, genossenschaftliche und private Wohnungswirtschaft sowie private Bauherren. Im Wohneigentumsprogramm wird die SAB den Erwerbenden oder Bauherren für die Schaffung von selbst genutztem Wohneigentum zur Stärkung der Innenstädte auch 2014 zinsgünstige Darlehen zur Verfügung stellen. Für die Förderung von Maßnahmen des barrierefreien Bauens bietet die SAB ihren Kunden weiterhin Darlehen aus dem in 2013 neu gestalteten Programm „Mehrgenerationenwohnen“ an. Die Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen an bestehenden innerstädtischen Wohngebäuden wird 2014 fortgesetzt. Für die technische und wirtschaftliche Bauberaterung und -betreuung werden die Eigentümer von Wohnraum sowie Bauherren weiterhin mit Zuschüssen unterstützt. Im Durchleitungsgeschäft mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) rechnet die SAB damit, dass sie Darlehen in einem ähnlich hohen Umfang wie im Vorjahr an ihre Kunden weiterleiten kann.

Im Bereich Infrastruktur und Städtebau wird die SAB auch in 2014 Kommunen, kommunale Zweckverbände und kommunale Unternehmen sowie soziale, wissenschaftliche, schulische und kulturelle Ein-

richtungen unterstützen. Die Programme der vom Bund kofinanzierten Städtebauförderung werden in 2014 auf hohem Niveau fortgeführt werden können. Die konkrete Mittelausstattung und inhaltliche Ausrichtung wird maßgeblich von der Ausgestaltung der neuen Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern abhängen. Bei der Förderung der Wirtschaft bleibt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) das wichtigste Instrument, mit dem gewerbliche Investitionen in Sachsen gefördert werden. Vor dem Hintergrund des aktuell niedrigen Zinsniveaus rechnet die SAB bei den Darlehen aus dem Gründungs- und Wachstumsfinanzierungsprogramm (GuW) nicht mit einer wesentlichen Belebung des Neugeschäfts. Die Programme der Mittelstandsrichtlinie sollen mit Ausnahme der Kooperationsförderung in 2014 fortgeführt werden. In der Technologieförderung ist im Bereich der mit ESF-Mitteln geförderten Programme eine Ausweitung der Förderung von Innovationsassistenten sowie die Einführung der Förderung von Innovationsteams vorgesehen. Im Bereich der Umwelt- und Landwirtschaftsförderung bietet die SAB weiterhin Betriebsmitteldarlehen und im Durchleitungsgeschäft Investitionsdarlehen für verschiedene Programme der Land-

wirtschaftlichen Rentenbank an. Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft können öffentliche Auftraggeber in 2014 zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse unter anderem für den Neubau und die Ertüchtigung von Kläranlagen beantragen. Bauherren privater Kleinkläranlagen können für ihre Maßnahmen einen Zuschuss erhalten. Die SAB wird im Jahr 2014 auch weiterhin intensiv mit der Bearbeitung der Förderanträge zur Beseitigung der Hochwasserschäden vom Juni 2013 beschäftigt sein.

Ertrags- und Finanzlage

Die Erlösplanung berücksichtigt nur Programme, für die bereits ein Auftrag des Freistaates Sachsen vorliegt oder kurz vor dem Abschluss steht. Die Bank plant für das Geschäftsjahr 2014 mit einem Betriebsergebnis von 25,8 Mio. € und für das Geschäftsjahr 2015 mit einem Betriebsergebnis von 31,0 Mio. € – jeweils vor Risikovorsorge.

Das Betriebsergebnis 2014 wird durch Aufwendungen aus der Abwicklung der Hochwasserhilfen sowie erhöhte Personalkosten aus den notwendigen Arbeiten zur Beendigung der Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 beeinflusst.

Angaben in Mio. €	2014	2015
Zinsergebnis	72,7	83,5
Provisionsergebnis	57,8	56,6
Ordentliche Aufwendungen	-106,9	-110,6
- Personalaufwand	-66,1	-70,5
- Sachaufwand (inkl. Absetzung für Abnutzung)	-40,8	-40,1
Sonstiges Ergebnis	2,2	1,5
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	25,8	31,0

Das Zinsergebnis wird weiter durch die anhaltende, historische Niedrigzinsphase negativ beeinflusst. Der Rückgang der geplanten Sachaufwendungen ist hauptsächlich auf den Abschluss des bankinternen Projektes „Erneuerung der DV-Unterstützung“ zurückzuführen. Die SAB wird ihre Anlagestrategie „Sicherheit geht vor Ertrag“ weiterführen.

Die Rahmenbedingungen für die SAB werden durch die Abrechnung der laufenden Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 sowie die Vorbereitungen für die neue Strukturfondsperiode 2014 bis 2020, verbunden mit der Erwartung mittelfristig zurückgehender Fördermittel, geprägt. Aufgrund der hieraus resultierenden Unsicherheiten kann eine Mittelfristplanung lediglich Tendenzen einer Entwicklung aufzeigen, die sich bei einem weitgehend unveränderten Umfeld einstellen würde. Die Geschäftsleitung erwartet, dass das Betriebsergebnis vor Risikoversorge mittelfristig oberhalb einer Grenze von 25 Mio. € liegen wird.

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – wird auch zukünftig als starker Partner mit dem Freistaat Sachsen zusammenarbeiten. Die zielgenaue und nachhaltige Unterstützung der sächsischen Wirtschaft, der im Freistaat lebenden Menschen sowie der einzelnen Kommunen ist das erklärte Ziel der Bank. Dabei soll langfristig die zunehmende Vergabe von Förderdarlehen anstelle von Zuschüssen die Ertragslage der Bank stabilisieren und von Provisionszahlungen des Freistaates unabhängiger machen.

Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit im Geschäftsjahr 2013 und insbesondere für das hohe Engagement im Rahmen des Abschlusses des Projektes „Erneuerung der DV-Unterstützung“. Darüber hinaus gilt unser Dank den Mitgliedern des Personalrates für die vertrauensvolle und konstruktive Begleitung der betrieblichen Entscheidungen. Unseren Kunden und Geschäftspartnern danken wir für das entgegengebrachte Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Dresden, 27. Februar 2014

Stefan Weber
Andre Koberg
Ronald Kothe

Bericht des Verwaltungsrates der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) 2013

Im Berichtsjahr haben der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse die ihnen durch Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Vorstand zum Wohle der Bank wahrgenommen. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse haben insbesondere den Vorstand bei der Leitung der SAB beraten und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überwacht.

Der Verwaltungsrat trat im Berichtsjahr zu einer außerordentlichen und vier regulären Sitzungen zusammen, in denen er sich über die Entwicklung der Ertrags-, Liquiditäts- und Risikosituation der SAB sowie über weitere bedeutende Vorgänge informierte. Der Vorstand hat zudem die Geschäfts- und Risikostrategien entsprechend den Mindestanforderungen an das Risikomanagement mit dem Verwaltungsrat erörtert.

Zentrales Thema war im Jahr 2013 die finale Umsetzung des Projektes zur Erneuerung der DV-Unterstützung der SAB. Entsprechend den Angaben des Vorstandes konnte zum Ende des Berichtsjahres die Neuausrichtung der Informationstechnologie erfolgreich abgeschlossen werden. Zudem war das Berichtsjahr wesentlich vom Auslaufen der Strukturfondsperiode 2007 - 2013, der Abwicklung der Hochwasserhilfeprogramme und der Umstellung auf die neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen geprägt.

Die Arbeit des Verwaltungsrates wird durch den Kreditausschuss und den Präsidialausschuss unterstützt. Im Berichtsjahr fanden insgesamt vier Kreditausschusssitzungen statt. Die Mitglieder des Kreditausschusses behandelten die nach Gesetz und Satzung zustimmungspflichtigen Engagements. Eilentscheidungen des Vorstandes wurden zur Kenntnis genommen. Der Präsidialausschuss wurde im Berichtsjahr nicht einberufen.


Der Verwaltungsrat der SAB hat die Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 bestellt. Die Deloitte & Touche GmbH hat daraufhin den Jahresabschluss der SAB zum 31.12.2013 sowie den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013 geprüft und im Ergebnis einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Bericht des Abschlussprüfers wurden im Verwaltungsrat erörtert. Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Verwaltungsrates, in der der Jahresabschluss behandelt wurde, teilgenommen. Er berichtete über das Ergebnis seiner Prüfungen und stand für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Im Ergebnis der eigenen Prüfung waren keine Einwände zu erheben und die Mitglieder des Verwaltungsrates haben den Jahresabschluss 2013 festgestellt.

Der Verwaltungsrat hat beschlossen, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 i. H. v. 724.353,02 € zu einem Anteil von 144.870,60 € den satzungsmäßigen Rücklagen zuzuführen und den Restbetrag i. H. v. 579.482,42 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Dresden, den 23. Mai 2014

Der Verwaltungsrat


Prof. Dr. Georg Unland
Vorsitzender

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Aktiva

Aktiva	2013 €	2013 €	2012 T€
1. Barreserve			
a) Kassenbestand	9.899,81		25
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	6.961.495,10	6.971.394,91	47
darunter:			
bei der Deutschen Bundesbank	€ 6.961.495,10		
Vorjahr	T€ 47		
3. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	51.795.301,29		147.225
b) andere Forderungen	843.981.573,04	895.776.874,33	1.077.309
4. Forderungen an Kunden			
6.300.065			
darunter:			
durch Grundpfandrechte gesichert	€ 2.550.944.151,57		
Vorjahr	T€ 2.873.811		
Kommunalkredite	€ 1.772.735.812,09	5.971.652.510,44	
Vorjahr	T€ 2.316.176		
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten	240.501.362,32		230.160
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 240.501.362,32		
Vorjahr	T€ 230.160		
bb) von anderen Emittenten	736.845.571,37	977.346.933,69	801.080
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	€ 731.675.297,40		
Vorjahr	T€ 781.615		

Aktiva	2013	2013	2012
	€	€	T€
7. Beteiligungen		1.589.871,68	1.590
darunter:			
an Kreditinstituten	€ 1.589.871,68		
Vorjahr	T€ 1.590		
8. Anteile an verbundenen Unternehmen		110.000,00	110
9. Treuhandvermögen		317.688.157,55	263.789
darunter:			
Treuhandkredite	€ 300.006.960,95		
Vorjahr	T€ 253.827		
11. Immaterielle Anlagewerte			
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.700.179,00	6.700.179,00	5.631
12. Sachanlagen		30.918.493,22	31.737
14. Sonstige Vermögensgegenstände		1.106.778,90	1.191
15. Rechnungsabgrenzungsposten		10.728.854,89	12.079
Summe der Aktiva		8.220.590.048,61	8.872.038

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2013

Passiva

Passiva	2013 €	2013 €	2013 €	2012 T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		23.996.140,18		164.802
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.049.819.278,51	5.073.815.418,69	5.888.071
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		773.021.977,50		655.960
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.125.192.515,95	1.898.214.493,45	994.543
4. Treuhandverbindlichkeiten			317.688.157,55	263.789
darunter:				
Treuhandkredite	€ 300.006.960,95			
Vorjahr	T€ 253.827			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			22.276.748,88	12.391
6. Rechnungsabgrenzungsposten			91.051.058,31	119.682
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		14.114.500,00		9.531
b) Steuerrückstellungen		0,00		
c) andere Rückstellungen		10.127.885,16	24.242.385,16	9.699
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			129.996.880,54	129.990

Passiva	2013 €	2013 €	2013 €	2012 T€
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			99.000.000,00	60.000
12. Eigenkapital				
a) eingefordertes Kapital gezeichnetes Kapital abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	500.000.000,00 0,00	500.000.000,00		500.000
b) Kapitalrücklage		3.357.193,81		3.357
c) Gewinnrücklagen				
cc) satzungsmäßige Rücklagen	13.731.793,08			13.587
cd) andere Gewinnrücklagen	47.215.919,14	60.947.712,22		46.636
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		0,00	564.304.906,03	0
Summe der Passiva			8.220.590.048,61	8.872.038

	€	€	€	Vorjahr	T€
1. Eventualverbindlichkeiten					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			38.694.937,05		38.986
2. Andere Verpflichtungen					
c) unwiderrufliche Kreditzusagen			455.446.436,70		429.784

Dresden, 31. Dezember 2013 / 27. Februar 2014

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Weber
Koberg
Kothe

Gewinn- und Verlustrechnung 1. Januar bis 31. Dezember 2013

Aufwendungen und Erträge

	2013 €	2013 €	2013 €	2012 T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		258.659.223,40		284.519
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		<u>6.517.921,26</u>	265.177.144,66	<u>11.620</u>
2. Zinsaufwendungen				
			-193.922.150,79	-210.112
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00		0
b) Beteiligungen		10.220,00		0
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>0,00</u>	10.220,00	0
5. Provisionserträge				
			52.516.091,04	30.045
6. Provisionsaufwendungen				
			-40.829,07	-30
8. Sonstige betriebliche Erträge				
			12.642.481,62	22.790
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	-48.575.503,60			-48.880
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter für Altersversorgung: -5.661.698,68 € (Vj. -1.014 T€)	<u>-14.421.813,73</u>	-62.997.317,33		-9.995
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>-43.365.838,27</u>	-106.363.155,60	-32.173
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				
			-5.468.120,54	-5.692
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
			-1.951.382,63	-2.069
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				
			0,00	-39.799

	2013	2013	2013	2012
	€	€	€	T€
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			17.641.379,81	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			-513.744,48	-3
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	851
18. Zuführungen zum bzw. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken i.S.d. § 340g HGB			-39.000.000,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			727.934,02	1.072
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>-3.581,00</u>	-3.581,00	-4
27. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			724.353,02	1.068
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
c) in satzungsmäßige Rücklagen		144.870,60		214
d) in andere Gewinnrücklagen		<u>579.482,42</u>	<u>724.353,02</u>	854
34. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			0,00	0

Dresden, 31. Dezember 2013 / 27. Februar 2014

Sächsische Aufbaubank – Förderbank –
Weber
Koberg
Kothe

1. Vorbemerkung

Mit Wirkung vom 7. Mai 1996 erhielt die Sächsische Aufbaubank die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften im Sinne des § 1 Abs. 1 Nrn. 1–5 und 7–9 KWG. Sie nahm am 1. Juni 1996 ihren Geschäftsbetrieb auf. Das Betriebsanwesen befindet sich im Eigentum der Bank.

Die Sächsische Aufbaubank GmbH ist mit In-Kraft-Treten des „Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –“ (FörbankG) am 12. Juli 2003 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt worden. Der Freistaat Sachsen ist alleiniger Anteilseigner. Das Stammkapital von 500 Mio. € ist voll eingezahlt.

Die Bank erfüllt als zentrales Förderinstitut des Freistaates Sachsen die ihr durch §§ 2 und 3 FörbankG übertragenen Aufgaben. Die Geschäftstätigkeit umfasst insbesondere die Gewährung und Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und sonstigen Finanzierungshilfen sowie die Übernahme von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen auf den Gebieten Wirtschaftsförderung, Arbeitsmarktförderung, Technologieförderung, Wohnungs-, Städtebau- und Infrastrukturförderung, Landwirtschafts- sowie Umweltschutzförderung. Die Bank betreibt keine Wettbewerbsgeschäfte.

Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wurde wegen untergeordneter Bedeutung der Tochterunternehmen (SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Sächsisches Staatsweingut GmbH sowie Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH) und deren Beteiligungen gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH ist ein nachgeordnetes Unternehmen im Sinne von § 10a Abs. 2 KWG (alte Fassung).

2. Allgemeine Grundsätze

Der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Förderbankgesetzes und des Aktiengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt gemäß

den Formblättern der RechKredV. Zusätzlich zu den im Formblatt 3 gemäß § 2 Abs. 1 RechKredV vorgeschriebenen Ausweispositionen wird die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken als gesonderte Position gemäß § 340g Abs. 2 HGB gezeigt.

3. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten wurde nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB vorgenommen. Die speziellen Regelungen des § 340e HGB für Kreditinstitute sind beachtet worden.

Die Forderungen an Kunden und Kreditinstitute werden grundsätzlich zum Nennwert zuzüglich der Zinsabgrenzung ausgewiesen. Soweit Unterschiedsbeträge zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen bestehen, die Zinscharakter haben, sind diese unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgeführt und werden planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer aufgelöst. Bearbeitungsgebühren werden sofort vereinnahmt. Angekaufte Forderungen werden mit ihrem Nominalwert angesetzt, abzüglich eines Korrekturpostens in Höhe der Differenz zu den Anschaffungskosten.

Den Kredit- und sonstigen Risiken wurde durch Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Kreditrisiken in der Eigentumsförderung bestehen pauschale Einzelwertberichtigungen. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung erfolgte in Anlehnung an das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 10. Januar 1994. Sie ergibt sich aus dem Durchschnittswert des risikobehafteten Kreditvolumens der fünf vorangehenden Bilanzstichtage und dem Durchschnittswert des tatsächlichen Forderungsausfalls der fünf vorangehenden Wirtschaftsjahre. Die in die Bürgschaft des Freistaates Sachsen einbezogenen Engagements wurden dabei wie einzelwertberichtigte Engagements behandelt. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sind von den Forderungen abgesetzt worden.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Bei über pari erworbenen Wertpapieren wird das Aufgeld entsprechend der Laufzeit zuläs-

ten des Zinsertrages aufgelöst. Abschreibungen auf Wertpapiere werden entsprechend der Risikostrategie nur bei dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen für dauernde Wertminderungen, bilanziert.

Treuhandforderungen und -verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Nennwert ausgewiesen. Rückforderungen aus Zuschüssen sowie die zugehörigen Verbindlichkeiten gegenüber dem Freistaat werden dem Treuhandbereich zugeordnet. Die bilanzielle Bewertung dieser Forderungen erfolgt zum beizulegenden Wert.

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen.

Bei Gegenständen des Anlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Die Basis bildet die AfA-Tabelle für die allgemein verwendbaren Anlagegüter des Bundesministeriums der Finanzen. Die Abschreibung für die beweglichen und abnutzbaren Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens erfolgt linear. Außerplanmäßige Abschreibungen erfolgen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten zwischen 150 € bis 1.000 € liegen, wird ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre aufgelöst wird. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten unter 150 € liegen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit ihrem Anschaffungswert berücksichtigt. Die Grundstücke und Gebäude des Umlaufvermögens sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und Kreditinstituten sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten und sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen zuzüglich der Zinsabgrenzung passiviert. Unterschiedsbeträge mit Zinscharakter zwischen Aufnahme- und Rückzahlungsbetrag werden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und planmäßig über die Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt.

Im Jahr 1997 wurde die Unterstützungskasse der Sächsischen Aufbaubank GmbH e.V. gegründet. Diese gewährleistet die Versorgungsleistungen an die Pensionsempfänger der SAB. Für die noch auf die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – entfallenden mittelbaren Pensionsverpflichtungen wird eine Rückstellung gebildet (2013: 14.114 T€). Als biometrische Rechnungsgrundlage zur Ermittlung des Rückstellungsbedarfes wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Die Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Folgende Annahmen lagen der Bewertung zugrunde:

	31.12.2013	31.12.2012
Rechnungszinssatz p.a.	4,89 %	5,06 %
Gehaltstrend p.a.	3,50 %	2,50 %
Beitragsbemessungsgrenze-Trend p.a.	3,50 %	2,50 %
Rententrend p.a.	1,75 %	1,75 %
Fluktuation p.a.	0,00 %	0,00 %

Rückstellungen für Altersteilzeit (Blockmodell) erfolgten in Höhe von 2.495 T€.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um erkennbare Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen. Die Rechnungsabgrenzungen wurden in angemessener Weise vorgenommen. Die Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit den von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen abgezinst.

Die Eventualverbindlichkeiten werden in Höhe des verbürgten Betrages abzüglich der gebildeten Rückstellungen ausgewiesen.

Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden vermindert um die gebildeten Rückstellungen dargestellt.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt unter den Positionen Forderungen an und Verbindlich-

keiten gegenüber Kreditinstituten (oder Kunden). Die Erfolge aus Zinsderivaten werden im Zinsergebnis der Bank dargestellt. Die Erträge aus Währungsderivaten werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die Barwerte der kalkulierten Aufwendungen für zinsverbilligt gewährte Förderdarlehen des Freistaates Sachsen werden als Bestandteil der passiven Rechnungsabgrenzungsposten zu den Zinstermen der Refinanzierungsdarlehen zugunsten des Zinsertrages reduziert.

Durch Abweichungen der konkreten Darlehensverläufe von den der ursprünglichen Berechnung zugrunde gelegten idealtypischen Verläufen kommt es zu Abweichungen hinsichtlich des tatsächlichen Verbrauchs der Zinsverbilligungsmittel. Der Ausweis der nicht mehr benötigten Zinsverbilligungsmittel erfolgt als Verbindlichkeit gegenüber dem Freistaat Sachsen.

Im Rahmen der Programme „Förderung der kommunalen Infrastruktur“ und „Meisterdarlehen“ gewährt die SAB auch eigene Zinsverbilligungen. Der Aufwand für Zinsverbilligungsmittel wird im Zinsaufwand abgebildet. Nach Inanspruchnahme reduzieren die Barwerte für Zinsverbilligungen die Forderungen an Kunden und werden zu den Zinstermen zugunsten des Zinsertrages reduziert. Beim Ausweis der Risikovorsorge hat die SAB von der Möglichkeit der Überkreuzkompensation gemäß § 340f HGB Gebrauch gemacht.

4. Bilanzierung von Sicherungsgeschäften/ Derivatives Geschäft

Die SAB schließt Derivate ausschließlich zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken ab. Der Marktwert der Derivate wird mittels Barwertrechnung ermittelt. Hierzu werden die zukünftigen Zahlungsströme entsprechend der aktuellen Zinskurve abgezinst.

Devisentermingeschäfte dienen ausschließlich zur Absicherung von Währungsrisiken. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 existiert ein Bestand in Höhe von nominal 37 T€.

Zur Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken werden Zins- und Währungsswaps ab-

geschlossen. Hierbei wird zwischen Mikro- und Makroswaps unterschieden.

Mikroswaps dienen der Absicherung von Risiken aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Refinanzierungen. Die SAB macht für die Mikroswaps vom Wahlrecht des § 254 HGB zur Bildung von Bewertungseinheiten Gebrauch. Die Darstellung der Bewertungseinheit erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“, bei der sich ausgleichende Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko in der Bilanz und in der GuV zunächst unberücksichtigt bleiben.

Bezüglich der Eignung zur Reduzierung von Zinsänderungsrisiken wird jede Bewertungseinheit mithilfe der Critical-Term-Match-Methode geprüft. Entscheidende Kriterien hierbei sind die Übereinstimmung von Laufzeit, Nominalbetrag, Währung, Zinstermen und Festzinssätzen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft. Da die wertbestimmenden Faktoren von Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen, gleichen sich Wertänderungen aufgrund von Zinsänderungen prospektiv und retrospektiv für die Laufzeit aus. Nicht übereinstimmende Wertkomponenten, die sich z.B. aus Bonitäts Gesichtspunkten ergeben, werden nicht in die Bewertungseinheit einbezogen. Zum 31. Dezember 2013 hält die SAB Mikroswaps im Volumen von nominal 1.638.516 T€ mit einem Barwert von -48.641 T€.

Makroswaps dienen der Absicherung von Zinsänderungsrisiken des gesamten Zinsbuches. Die Makroswaps werden hinsichtlich ihrer Zinskomponente nicht jeweils isoliert unter Anwendung des Imparitätsprinzips, sondern gemeinsam mit den Aktivgeschäften und anderen finanziellen Vermögensgegenständen des Bankbuches unter Berücksichtigung der Refinanzierungsmittel bewertet (siehe Punkt 5). Aus diesen Sicherungsgeschäften existiert ein Bestand an Zinsswaps in Höhe von nominal 2.535.000 T€ mit einem Barwert von -248.636 T€.

Das Nominalvolumen aller abgeschlossenen derivativen Geschäfte betrug zum Bilanzstichtag 4.173.554 T€. Alle Geschäfte wurden ausschließlich zur Sicherung von Positionen des Bankbuchs getätigt (siehe auch S. 54 bis 55 Derivative Geschäfte).

5. Verlustfreie Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuches

Die SAB prüft jährlich, ob sich zukünftig ein Verpflichtungsüberschuss aus dem Geschäft mit zinsbezogenen bilanziellen und außerbilanziellen Finanzinstrumenten für das Zinsbuch insgesamt ergibt. Die Berechnung erfolgt GuV-bezogen auf der Grundlage der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ (IDW RS BFA 3). Zum 31. Dezember 2013 droht der SAB kein Verlust.

6. KWG-Grundsätze

Die Bank hat die Eigenmittelanforderungen nach SolvV während des gesamten Jahres eingehalten. Die Liquiditätskennzahl wurde stets erfüllt.

7. Fristengliederung ausgewählter Bilanzposten der Aktiv- und Passivseite nach Restlaufzeiten

Nach § 9 RechKredV erfolgt nachstehende Gliederung von ausgewählten Posten und Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten:

Andere Forderungen an Kreditinstitute	2013 T€	2012 T€
Bis 3 Monate	10.685	6.738
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	39.018	295.695
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	199.677	214.833
Mehr als 5 Jahre	594.602	560.043
Summe	843.982	1.077.309

Forderungen an Kunden	2013 T€	2012 T€
Bis 3 Monate	224.544	162.827
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	557.261	385.841
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.442.941	1.823.765
Mehr als 5 Jahre	3.746.906	3.927.632
Summe	5.971.652	6.300.065

In den Forderungen an Kunden sind keine Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2013 T€	2012 T€
Bis 3 Monate	164.241	233.254
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.289.084	792.150
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.331.621	3.179.063
Mehr als 5 Jahre	1.264.873	1.683.604
Summe	5.049.819	5.888.071

Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	2013 T€	2012 T€
Bis 3 Monate	120.193	116.790
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0	3.252
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	77.000	57.000
Mehr als 5 Jahre	928.000	817.500
Summe	1.125.193	994.542

8. Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen

8.1 Forderungen an Kunden

Forderungen an Kunden	2013	2012
	T€	T€
Forderungen an Gesellschafter	833.040	1.108.437
Forderungen an verbundene Unternehmen darunter nachrangig	1.668	2.493
	0	0
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	42.440	52.842
Nachrangige Forderungen	6.758	6.758

8.2 Schuldverschreibungen

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2013	2012
	T€	T€
Von öffentlichen Emittenten	240.501	230.160
Bis 3 Monate	15.498	20.843
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5.063	23.017
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	160.566	171.124
Mehr als 5 Jahre	59.374	15.176
Von anderen Emittenten	736.846	801.080
Bis 3 Monate	34.392	27.478
Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	63.137	149.224
Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	427.154	525.019
Mehr als 5 Jahre	212.163	99.359
Summe	977.347	1.031.240

Die Wertpapiere der SAB sind börsenfähig und in Höhe von 977.347 T€ börsennotiert. Alle Wertpapiere sind dem Anlagebestand zugeordnet. Bei Wertpapieren, die nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet wurden, liegen keine nachhaltigen Bonitätsverschlechterungen vor, die auf eine dauerhafte Wertminderung hinweisen. Auch bei den Anleihen hochverschuldeter Staaten des Euro-Raums wird wegen des Europäischen Finanzstabilitätsmechanismus und der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität von keiner dauerhaften Wertminderung ausgegangen. Aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit werden kurzfristige marktpreisbedingte Wertschwankungen nicht berücksichtigt. Die zum Bilanzstichtag vorhandenen stillen Lasten betragen 2.429 T€.

8.3 Beteiligungen

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – besitzt folgende Anteile an anderen Unternehmen in Höhe von mindestens 20%:

	Stammkapital T€	Beteiligungsquote SAB T€	Eigenkapital per 31.12.2012 T€	Ergebnis 2012 T€
SBG – Sächsische Beteiligungsgesellschaft mbH, Dresden	110	100%	18.691	1.222
Sächsisches Staatsweingut GmbH, Radebeul	25	100%	23.909	-627
Businessplan-Wettbewerb Sachsen GmbH, Dresden	25	100%	152	7
Sächsische Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden	25	49%	1.322	-1.543

Die Beteiligungen und verbundenen Unternehmen der SAB sind nicht börsennotiert. Bei Beteiligungen des Anlagevermögens, die bei vorsichtiger Betrachtung einer dauerhaften Wertminderung unterliegen könnten, werden Abschreibungen zum strengen Niederstwert vorgenommen.

8.4 Treuhandvermögen

Treuhandvermögen	2013 T€	2012 T€
Treuhandforderungen an KI	31.480	21.842
Treuhandforderungen an Kunden	286.208	241.947
Treuhandforderungen	317.688	263.789

8.5 Anlagevermögen

Einzelheiten sind aus dem Anlagespiegel (S. 52 bis 53) ersichtlich. Die für betriebliche Zwecke genutzten Grundstücke, Gebäude und Anlagen im Bau haben einen Bilanzwert in Höhe von 27.259 T€.

8.6 Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen handelt es sich im Wesentlichen um ein Grundstück und Gebäude im Umlaufvermögen mit einem Buchwert von 700 T€ sowie Forderungen aus Widerspruchsbescheiden in Höhe von 217 T€.

Sonstige Vermögensgegenstände	2013 T€	2012 T€
Sonstige Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1	0
Sonstige Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2	3

8.7 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2013 T€	2012 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	323.205	504.296
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	115

8.8 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2013 T€	2012 T€
Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen	1.501	1.501

8.9 Treuhandverbindlichkeiten

Treuhandverbindlichkeiten	2013 T€	2012 T€
Treuhandverbindlichkeiten gegenüber KI	0	0
Treuhandverbindlichkeiten gegenüber Kunden	317.688	263.789
Summe	317.688	263.789

8.10 Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten	2013 T€	2012 T€
Steuerverbindlichkeiten	1.791	1.594
Lieferantenverpflichtungen	2.587	1.594
Devisenausgleich	17.486	9.051
Andere Verbindlichkeiten	413	152
Summe	22.277	12.391

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 11 T€).

8.11 Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	2013 T€	2012 T€
Vorausbezahlte Gehälter	2.332	2.311
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabebetrag und höherem Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	6.448	9.042
Unterschiedsbetrag zwischen höherem Ausgabewert und Nennbetrag von Wertpapieren	132	0
Sonstige Aufwandsabgrenzungen	1.817	723
Derivate (Einmalzahlung Swap)	0	3
Summe	10.729	12.079

Beim Ausweis des Agios bei Wertpapieren hat die SAB von der Möglichkeit der Ausübung des Wahlrechts gemäß § 340e HGB erstmals Gebrauch gemacht.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten	2013 T€	2012 T€
Von Dritten im Voraus erhaltene Zinsverbilligungsmittel	47.500	75.840
Unterschiedsbetrag zwischen Zahlungsbetrag oder Anschaffungskosten und höherem Nennbetrag von Forderungen	197	218
Sonstige Ertragsabgrenzungen	43.270	43.380
Derivate (Einmalzahlung Swap)	84	244
Summe	91.051	119.682

8.12 Rückstellungen

Rückstellungen	2013 T€	2012 T€
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	14.114	9.531
▶ für Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften	2.042	1.753
▶ für Altersteilzeitverpflichtungen	2.495	3.099
▶ für Prozesskosten	1.422	1.374
▶ für sonstige Verpflichtungen	4.169	3.473
Andere Rückstellungen	10.128	9.699
Rückstellungen gesamt	24.242	19.230

8.13 Eigenkapital

Eigenkapital	Gezeichnetes Kapital T€	Kapital- rücklage T€	Gewinn- rücklage T€	Bilanz- gewinn T€	Gesamt T€
Eigenkapital zum 01.01.2010	310.000	3.357	56.044	0	369.401
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2010				241.706	241.706
Einstellung in die Rücklagen			241.706	-241.706	0
Eigenkapital zum 31.12.2010/01.01.2011	310.000	3.357	297.750	0	611.107
Erhöhung Stammkapital aus Rücklagen	240.000		-240.000		0
Rückzahlung Einlage stiller Gesellschafter	-10.000				-10.000
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2011				1.405	1.405
Einstellung in die Rücklagen			1.405	-1.405	0
Eigenkapital zum 31.12.2011/01.01.2012	540.000	3.357	59.155	0	602.512
Rückzahlung Einlage stiller Gesellschafter	-40.000				-40.000
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2012				1.068	1.068
Einstellung in die Rücklagen			1.068	-1.068	0
Eigenkapital zum 31.12.2012/01.01.2013	500.000	3.357	60.223	0	563.580
Jahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2013				724	724
Einstellung in die Rücklagen			724	-724	0
Eigenkapital zum 31.12.2013	500.000	3.357	60.947	0	564.304

8.14 Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Eventualverbindlichkeiten	2013 T€	2012 T€
Bürgschaften für Gewerbeförderung	36.169	35.812
Bürgschaften für Wohnungsbau	4.568	4.927
Rückstellungen für Bürgschaftsverbindlichkeiten	-2.042	-1.753
Summe	38.695	38.986

zur Absicherung von Krediten der Hausbanken der Kunden. Sofern die Kunden ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, ist mit einer teilweisen Inanspruchnahme in den Folgejahren zu rechnen, die aber das bisherige Niveau der Inanspruchnahmen voraussichtlich nicht übersteigen wird. Die bestehenden Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen sind in Höhe von 31.764 T€ durch Rückbürgschaften des Freistaates Sachsen gesichert.

Bei den Eventualverbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Bürgschaften für Kunden

Unwiderrufliche Kreditzusagen	2013 T€	2012 T€
Kreditnehmerbezogene Zusagen ohne erfasste Konditionierung z.B. bei Ablösung anderer Banken	214.728	207.829
Zusagen mit konkretem Programmbezug	240.718	221.955
Summe	455.446	429.784

Eine Inanspruchnahme aus den gegebenen Kreditzusagen ist aufgrund des Bezugs zum Fördergeschäft der SAB sehr wahrscheinlich.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen ergeben sich aus Einzahlungsverpflichtungen für ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital im Beteiligungsbereich sowie durch vertragliche Vereinbarungen mit einer Restlaufzeit von 3 bis 36 Monaten:

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	2013 T€	2012 T€
Ausstehende, bisher nicht eingeforderte Einlagen auf das gezeichnete Kapital	4.000	4.000
Verpflichtungen aus längerfristigen Verträgen	1.790	3.520
Verpflichtungen aus Mietverträgen	1.960	898
Summe	7.750	8.418

9. Erläuterungen zu einzelnen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung

9.1 Zinsergebnis

Zinsergebnis	2013 T€	2012 T€
Zinserträge	265.177	296.139
▶ aus Darlehensforderungen	254.392	276.798
▶ aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldverschreibungen	6.518	11.620
▶ aus Geldanlagen	90	1.793
▶ zinsähnliche Erträge	4.177	5.928
Zinsaufwendungen	193.922	210.112
▶ aus Refinanzierungen	188.967	203.814
darunter aus nachrangigen Verbindlichkeiten	5.054	5.120
▶ aus sonstigen Verbindlichkeiten	4.955	6.298
Zinsergebnis	71.255	86.027

Das Zinsergebnis wurde zu weit über 90% in Deutschland erwirtschaftet. Insbesondere die Erträge aus Darlehensforderungen, die Aufwendungen zur Refinanzierung sowie die sonstigen Beiträge zum Zinsergebnis entstehen durch das Fördergeschäft der SAB nahezu ausschließlich in Deutschland. Im Wertpapierbereich werden über die Hälfte der Erträge ebenfalls mit Anleihen aus Deutschland erwirtschaftet. Andere Zinserträge aus festverzinslichen Anleihen und Schuldverschreibungen kommen weitestgehend aus dem europäischen Wirtschaftsraum.

9.2 Laufende Erträge

Laufende Erträge	2013 T€	2012 T€
▶ aus Beteiligungen	10	0
Summe	10	0

9.3 Provisionsergebnis

Provisionsergebnis	2013 T€	2012 T€
Provisionserträge	52.516	30.045
▶ Verwaltungskostenbeiträge	47.802	26.394
▶ Erträge aus Treuhändergeschäft	527	39
▶ Erträge aus treuhänderisch verwalteten Fonds	3.807	3.241
▶ sonstige Provisionserträge	380	371
Provisionsaufwendungen	41	30
▶ sonstiger Provisionsaufwand	41	30
Provisionsergebnis	52.475	30.015

9.4 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	2013 T€	2012 T€
a) Personalaufwand	62.997	58.875
b) Andere Verwaltungsaufwendungen	43.366	32.173
▶ Aufwand Leiharbeiter	8.925	4.855
▶ Dienstleistungen L-Bank – Förderbank	6.341	4.999
▶ Gebäudeaufwendungen	3.758	3.710
▶ Beratungs- und Prüfungskosten	17.178	11.500
▶ Aufwendungen EDV und Wartung	2.551	2.939
▶ sonstige	4.613	4.170
Summe	106.363	91.048

9.5 Effekte aus Abzinsung

Durch Abzinsung von Rückstellungsbeträgen ergaben sich folgende GuV-relevanten Effekte:

Effekte aus Abzinsung Rückstellung	2013 T€	2012 T€
Rückstellung für Prozesskosten (sonstiger betrieblicher Aufwand)	-51	-38
Rückstellung für Bürgschaften (Zinsaufwand/-ertrag)	-35	94

10. Sonstige Angaben

10.1 Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Zur Besicherung von Krediten wurden per 31. Dezember 2013 Wertpapiere in Höhe von nominal 472.000 T€ der Deutschen Bundesbank verpfändet und Schuldscheindarlehen in Höhe von nominal 790.000 T€ der Deutschen Bundesbank abgetreten. Des Weiteren wurden zur Besicherung von außerbörslich gehandelten Derivaten Barwerte in einem Volumen von 51.600 T€ übertragen, die als Sicherheit beim Kontrahenten hinterlegt wurden.

10.2 Für Dritte erbrachte Dienstleistungen

In den Provisionserträgen sind 4,3 Mio. € (Vorjahr: 3,3 Mio. €) aus der treuhänderischen Verwaltung von Darlehen, Zuschüssen und Bürgschaften für den Freistaat Sachsen enthalten.

10.3 Nachrangige Verbindlichkeiten

Von den nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt nominal 127.000 T€ übersteigen folgende Schuldscheindarlehen 10% des Gesamtbetrages:

25.000 T€	Verzinsung 5,85 %
	Laufzeit bis 02.01.2017
15.000 T€	Verzinsung 3,66 %
	Laufzeit bis 06.10.2023

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung sowie eine Umwandlungsmöglichkeit in eine andere Schuldform sind nicht gegeben. Die Darlehensbedingungen entsprechen den Anforderungen gemäß § 10 Abs. 5a KWG (alte Fassung). Die Darlehen sind in den Jahren 2017 bis 2026 endfällig.

10.4 Fremdwährung

Fremdwährungsverbindlichkeiten bestanden im Gegenwert von 206.040 T€. Diese sind durch außerbilanzielle Geschäfte gegen Währungsrisiken gesichert. Die Bewertung erfolgte gemäß § 340h HGB mit dem Referenzkurs der Europäischen Zentralbank am Bilanzstichtag. Das Ergebnis aus Devisengeschäften in Höhe von 43 T€ wurde im sonstigen betrieblichen Aufwand ausgewiesen.

10.5 Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte zu nicht marktüblichen Bedingungen mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wurden nicht getätigt.

10.6 Honorar für den Abschlussprüfer

Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2013 berechnete Gesamthonorar in Höhe von 752.617,00 € gliedert sich wie folgt:

a) Abschlussprüfungsleistungen	434.957,00 €
b) Andere Bestätigungsleistungen	11.343,00 €
c) Sonstige Leistungen	306.317,00 €

10.7 Angaben zur Steuerpflicht

Die Sächsische Aufbaubank – Förderbank – ist aufgrund ihrer Förderaufgaben von Ertragsteuern befreit.

11. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Die Bank beschäftigte ohne Vorstand und Auszubildende im Jahresdurchschnitt 325 männliche und 669 weibliche Mitarbeiter. Von den 994 Mitarbeitern wurden 884 tariflich und 110 außer tariflich bezahlt.

12. Gesamtbezuge und Darlehen der Organe

Die Gesamtbezuge des Vorstandes, ohne Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung, im Geschäftsjahr 2013 betragen 847,4 T€. An Mitglieder des Verwaltungsrates wurden 13,3 T€ gezahlt.

Durch die SAB gewährte Darlehen an Mitglieder des Vorstandes/Verwaltungsrates bestehen zum Bilanzstichtag in Höhe von 356 T€. Die Kredite

sind marktgerecht verzinst und haben Restlaufzeiten von 2018 bis 2044.

Es bestehen Pensionsverpflichtungen für frühere Mitglieder des Vorstandes in Höhe von 2.789 T€, die teilweise durch entsprechende Vermögensgegenstände der Unterstützungskasse rückgedeckt sind. Hierfür wurden angemessene Rückstellungen gebildet. Bezüglich der laufenden Bezuge nimmt die SAB die Ausnahmeregelung des § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch.

13. Organe der Bank

Vorstand

Stefan Weber

Vorsitzender des Vorstandes

Ronald Kothe

Mitglied des Vorstandes

Andre Koberg

stellv. Mitglied des Vorstandes

Verwaltungsrat

Mitglieder

Prof. Dr. Georg Unland

(Vorsitzender)

Sächsischer Staatsminister der Finanzen
Dresden

Sven Morlok

(stellvertretender Vorsitzender)

Sächsischer Staatsminister für
Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Dresden

Christian Brand

Vorsitzender des Vorstandes der
Landeskreditbank Baden-Württemberg
– Förderbank
Karlsruhe

Lars Rohwer
Mitglied des Sächsischen Landtages
Dresden

Bodo Finger
Präsident der Vereinigung der Sächsischen
Wirtschaft e.V.
Dresden

Dietmar Berger
Präsident a.D. des Mitteldeutschen
Genossenschaftsverbandes
(Raiffeisen/Schulze-Delitzsch) e.V.
Chemnitz

Christiane Heerdegen
Angestellte der Sächsischen Aufbaubank
– Förderbank –
Dresden

Katrin Zilliges
Angestellte der Sächsischen Aufbaubank
– Förderbank –
Dresden

Olaf Mundt
Angestellter der Sächsischen Aufbaubank
– Förderbank –
Dresden

Stellvertretende Mitglieder

Frank Kupfer
Sächsischer Staatsminister für Umwelt und
Landwirtschaft
Dresden

Hartmut Fiedler (bis 31.12.2013)
Staatssekretär im Sächsischen
Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr
Dresden

Dr. Karl Epple
Mitglied des Vorstandes der Landeskreditbank
Baden-Württemberg – Förderbank
Karlsruhe

Sebastian Scheel
Mitglied des Sächsischen Landtages
Dresden

Roland Ermer
Präsident des Sächsischen Handwerkstages
Dresden

Wolfgang Zender
Verbandsgeschäftsführer des Ostdeutschen
Sparkassenverbandes
Berlin

Thomas Frömmel
Angestellter der Sächsischen Aufbaubank
– Förderbank –
Dresden

Lars Köhler
Angestellter der Sächsischen Aufbaubank
– Förderbank –
Dresden

Bernd Diethold
Angestellter der Sächsischen Aufbaubank
– Förderbank –
Dresden

14. Mandate

Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes, übt
folgendes Mandat aus:

- ▶ Mitglied des Aufsichtsrates der Sächsischen
Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden

Ronald Kothe, Mitglied des Vorstandes, übt
folgende Mandate aus:

- ▶ stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der Mittel-
ständischen Beteiligungsgesellschaft Sach-
sen mbH, Dresden
- ▶ stellv. Mitglied des Verwaltungsrates der
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden
(seit 21. Mai 2013)

Andre Koberg, stellv. Mitglied des Vorstandes,
übt folgende Mandate aus:

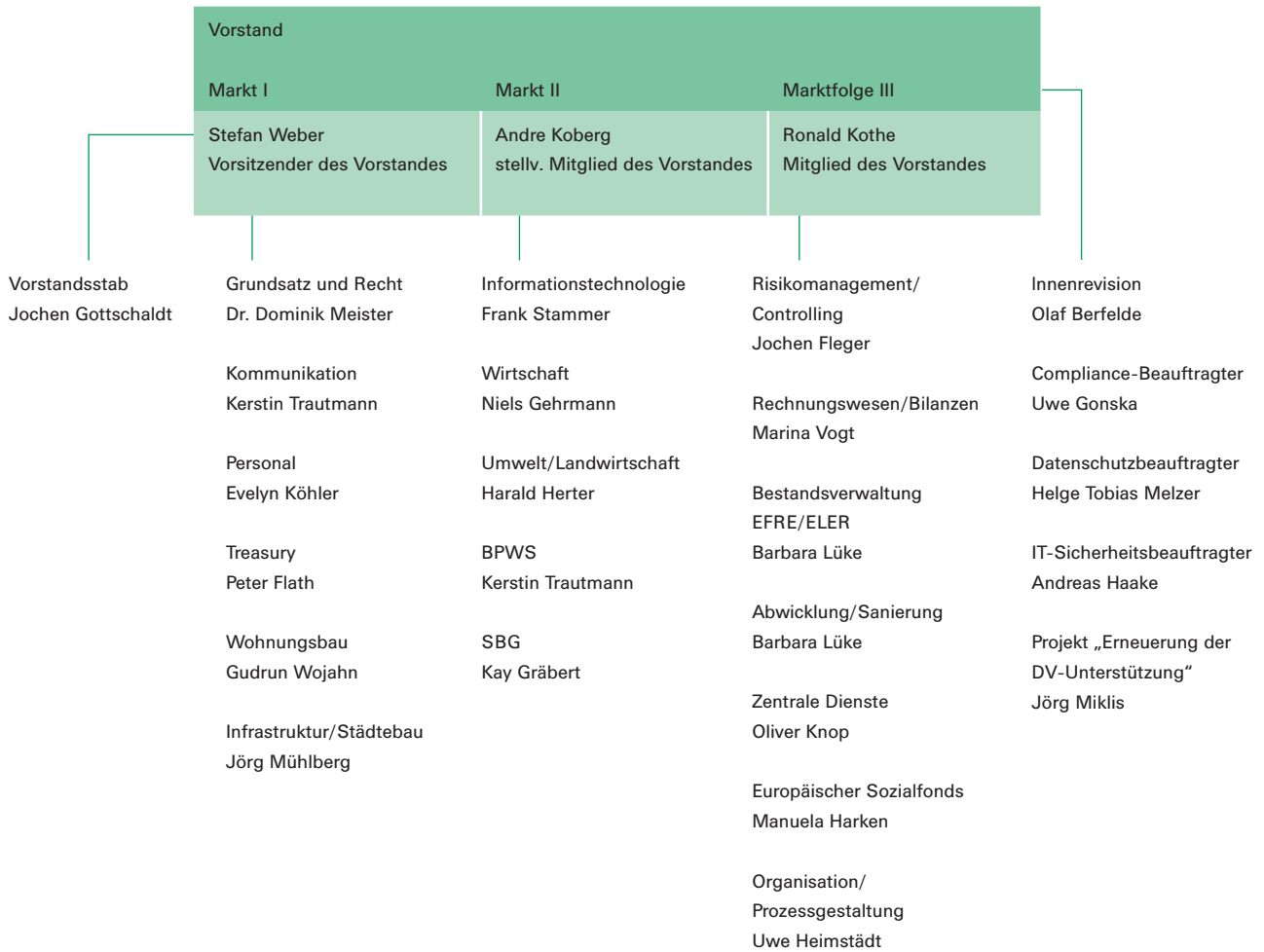
- ▶ Mitglied des Aufsichtsrates der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH, Dresden
- ▶ Mitglied des Verwaltungsrates der Bürgerschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden (seit 21. Mai 2013)
- ▶ stellv. Mitglied des Aufsichtsrates der Sächsischen Energieagentur – SAENA GmbH, Dresden

15. Verwendung des Jahresüberschusses

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2013 von 724.353,02 € in Höhe von 144.870,60 € in die satzungsmäßigen Rücklagen und in Höhe von 579.482,42 € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Dresden, 27. Februar 2014

Stefan Weber
Andre Koberg
Ronald Kothe



Anlagespiegel

	Anschaffungskosten				Abschreibungen	
	Stand 01.01.2013 T€	Um- buchungen T€	Zugänge T€	Abgänge T€	Stand 31.12.2013 T€	Stand 01.01.2013 T€
I. Finanzanlagen						
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere (ohne HB)	1.021.062	0	175.560	228.442	968.180	0
Beteiligungen	4.087	0	372	0	4.459	2.497
Anteile an verbundenen Unternehmen	7.731	0	0	0	7.731	7.621
Summe Finanzanlagen	1.032.880	0	175.932	228.442	980.370	10.118
II. Immaterielle Anlagewerte						
Immaterielle Anlagewerte	18.324	0	3.937	2	22.259	12.693
III. Sachanlagen						
Grundstücke und Gebäude	47.118	0	771	0	47.889	19.657
Anlagen im Bau	0	0	25	0	25	0
Betriebs- und Geschäftsaus- stattungen	14.416	0	716	948	14.184	11.263
Kunstgegenstände	70	0	12	0	82	0
Geringwertige Wirtschafts- güter	2.526	0	268	376	2.418	1.473
Summe Sachanlagen	64.130	0	1.792	1.324	64.598	32.393
Gesamt	1.115.334	0	181.661	229.768	1.067.227	55.204

				Kumulierte Auflösung	Zuschrei- bungen	Buchwerte	
Um- buchungen	Zugänge	Abgänge	Stand 31.12.2013	Agio		Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2012
T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
0	0	0	0	1.691	17	966.506	1.019.588
0	372	0	2.869	0	0	1.590	1.590
0	0	0	7.621	0	0	110	110
0	372	0	10.490	1.691	17	968.206	1.021.288
0	2.866	0	15.559	0	0	6.700	5.631
0	998	0	20.655	0	0	27.234	27.461
0	0	0	0	0	0	25	0
0	1.122	941	11.444	0	0	2.740	3.153
0	0	0	0	0	0	82	70
0	483	376	1.580	0	0	838	1.053
0	2.603	1.317	33.679	0	0	30.919	31.737
0	5.841	1.317	59.728	1.691	17	1.005.825	1.058.656

Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	Vorjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr
Banken in der OECD	4.266	4.079	33	-326
Banken außerhalb der OECD	0	0	0	0
Öffentliche Stellen in der OECD	120	95	0	-4
Sonstige Kontrahenten*	0	0	0	0
Gesamt	4.386	4.174	33	-330

* inkl. Börsenkontrakte

Derivative Geschäfte – Fristengliederung

Nominalwerte in Mio. €	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken	
	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr	Vorjahr	Berichtsjahr
Restlaufzeiten						
Bis 3 Monate	90	249	49	0	0	0
Bis 1 Jahr	214	762	0	176	0	0
Bis 5 Jahre	2.533	1.832	175	0	0	0
Über 5 Jahre	1.325	1.107	0	48	0	0
Gesamt	4.162	3.950	224	224	0	0

Derivative Geschäfte – Darstellung der Volumina

in Mio. €	Nominalwerte		Marktwerte positiv	Marktwerte negativ
	Vorjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr	Berichtsjahr
Zinsrisiken				
Zinsswaps	4.162	3.950	32	-312
Zinsrisiken gesamt	4.162	3.950	32	-312
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte, -swaps	49	0	0	0
Währungs-, Zinswährungsswaps	175	224	1	-18
Währungsrisiken gesamt	224	224	1	-18

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Jahresbilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des FöfdbankG und der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die

Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank –, Dresden, den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen des FöfdbankG und der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 27. Februar 2014
Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Grüneberg
Wirtschaftsprüfer

Borgwardt
Wirtschaftsprüfer

Herausgeber

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –
Pirnaische Straße 9
01069 Dresden
Tel. 0351 4910-0
Fax 0351 4910-4000
www.sab.sachsen.de

Redaktion

Sächsische Aufbaubank
– Förderbank –

Konzept und Gestaltung

Wild
Beratung & Kommunikation

Produktion

Druckerei Thieme Meißen
GmbH